



**Internationaler Metallgewerkschaftsbund**

**IMB-Aktionsprogramm**

**2009-2013**

*vom 32. IMB-Weltkongress in Göteborg, Schweden,  
24.-28. Mai 2009, gutgeheißen*



# Inhaltsverzeichnis

<b>VORWORT</b> .....	<b>1</b>
<b>1. UNSER AUFTRAG</b> .....	<b>3</b>
<b>2. DIE WELT VON HEUTE</b> .....	<b>6</b>
2.1 Profite vor Menschen.....	6
2.2 Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit .....	7
2.3 Angriff auf die Gewerkschaften .....	8
2.4 Verweigerung von grundlegenden Arbeitnehmerrechten.....	8
2.5 Wachsender Einfluss der transnationalen Konzerne .....	9
2.6 Welthandelssystem in Unordnung .....	10
2.7 Zukunft ohne Nachhaltigkeit.....	10
2.8 Bündnisse, Widerstand und Chancen .....	12
<b>3. GLOBALES, SOLIDARISCHES HANDELN</b> .....	<b>14</b>
3.1 Aufbau starker Nationalgewerkschaften .....	14
3.1.1 Organisierung der Nichtorganisierten .....	14
3.1.2 Streben nach nationaler gewerkschaftlicher Einheit .....	16
3.1.3 Gewerkschaftsaufbau durch Bildung, Schulung und effektiven Informationsaustausch .....	17
3.2 Stärkung der Tarifpolitik.....	19
3.3 Verteidigung und Schutz der Arbeitnehmerrechte .....	20
3.3.1 Kampf für Gewerkschaftsrechte.....	20
3.3.2 Kampf für gleiche Rechte .....	23
3.3.3 Kampf für sichere Arbeitsplätze .....	25
3.4 Schaffung eines Gegengewichts zur Macht der transnationalen Konzerne.....	26
3.4.1 Stärkung gewerkschaftlicher Solidarität und Kooperation in den Branchen und transnationalen Konzernen.....	27
3.4.2 Förderung grundlegender Rechte durch internationale Rahmenvereinbarungen.....	31
3.5 Kampf für Nachhaltigkeit in Handel, Entwicklung und Beschäftigung.....	32



## VORWORT

Bei der Ausarbeitung eines neuen Aktionsprogramms werden die Stärken des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) sichtbar. Wir stellen fest, dass uns viel mehr verbindet als trennt. In der grenzenlosen Welt von heute teilen wir gemeinsame Erfahrungen, stehen vor gemeinsamen Herausforderungen und analysieren gemeinsam die Situation, in der sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit befinden.

Diese gemeinsame Grundlage hilft der IMB-Familie, über die Richtung zu entscheiden, die wir einschlagen werden, um die Probleme anzugehen, denen die Metallarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer tagtäglich gegenüberstehen.

Es ist nicht unbedeutend, dass dieses Aktionsprogramm mitten in einer Weltwirtschaftskrise verabschiedet wurde. Aber wir haben die Krise nicht gebraucht, um zu wissen, dass das neoliberale Modell, das die Welt dominierte, den Arbeitnehmerrechten und der sozialen Entwicklung geschadet hat.

Dieses IMB-Aktionsprogramm, das auf dem 32. Weltkongress verabschiedet wurde, legt verstärkten Wert auf konkrete Aktionen und auf das, was die IMB-Mitgliedsorganisationen durch globale Solidarität gemeinsam erreichen können. Um größtmöglichen Einfluss auszuüben, müssen wir die Kräfte der gesamten IMB-Familie mobilisieren.

Wir müssen überall mehr Mittel für die gewerkschaftliche Organisation aufbringen. Transnationale Konzerne, die sich dagegen sträuben, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Grundrechte ausüben, werden wir systematisch ansprechen.

Die Kampagne gegen prekäre Beschäftigung wird in diesem Dokument gefestigt. Und das Programm erkennt an, dass wir mehr zur Frage der nachhaltigen Entwicklung und zum Kampf gegen den Klimawandel sagen und tun müssen.

Der Aufbau gewerkschaftlicher Netzwerke in transnationalen Konzernen eröffnet eine Möglichkeit zum Informationsaustausch und zu gemeinsamen Aktionen, damit sich die Unternehmen anständig verhalten, egal wo sie agieren. Programme zum gewerkschaftlichen Aufbau helfen uns, die Gewerkschaften dort zu stärken, wo sie schwach sind.

Dieses Aktionsprogramm beinhaltet spannende und anspruchsvolle neue Verpflichtungen für die IMB-Mitgliedsorganisationen, um tatkräftig für stärkere Gewerkschaften zu sorgen und effektive Aktionen durchzuführen, wenn die Arbeitnehmerrechte verletzt werden. Wenn wir gemeinsam an der Umsetzung dieses Aktionsprogramms arbeiten, können wir unseren Auftrag erfüllen.

Mit solidarischen Wünschen,



Jyrki Raina,  
IMB-Generalsekretär

Juni 2009

# 1. UNSER AUFTRAG

Die Weltwirtschaft steckt zurzeit in einer einmaligen Krise. Die Ideologie, dass grenzenlose Profitgier die Triebfeder menschlichen Fortschritts ist, ist widerlegt. Wir brauchen einen neuen politischen und wirtschaftlichen Ansatz, der im Dienst der gesellschaftlichen Entwicklung und qualitativ hochwertiger Beschäftigung steht. Die aktuelle Krise ist nicht allein die Folge von Fehleinschätzungen und Fehlentwicklungen des Marktes oder einer Überhitzung der Finanzmärkte. Sie ist von Grund auf das Ergebnis der Ideologie einer zügellosen Marktwirtschaft und einer Wirtschafts- und Grundsatzpolitik, die auf die Maximierung kurzfristiger Gewinne ausgerichtet ist. Andererseits: Auch wenn die Arbeit des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) in den nächsten vier Jahren zweifelsohne hart und schwierig sein wird, gibt uns die gegenwärtige wirtschaftliche Lage auch eine echte Chance, ein neues internationales Entwicklungsmodell zu entwickeln, das dem neoliberalen Weltbild Konkurrenz macht und auf Regulierung, Gerechtigkeit, Gleichheit, Nachhaltigkeit und angemessenen Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechten beruht.

Deshalb besteht die wesentliche Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung mehr denn je darin, die Löhne, Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern und sicherzustellen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Rechte respektiert werden. Die Aufgabe des IMB besteht darin, durch Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsorganisationen und durch seine Arbeit auf globaler Ebene auf die Erreichung dieser Ziele in der metallverarbeitenden Industrie und verwandten Industrien hinzuwirken.

Gegenwärtig verletzt die durch Konzerne angeführte Globalisierung immer noch massiv die Arbeitnehmerrechte. Die Politik, die von Arbeitgebern, den meisten Regierungen und den von diesen dominierten internationalen Institutionen verfolgt wird, hat in der ganzen Welt zu mehr wirtschaftlicher Ungleichheit, prekärer Beschäftigung und einer Schwächung der Verhandlungsmacht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geführt.

In Anerkennung der Tatsache, dass Gewerkschaftsaufbau/Organisierung und Kollektivverhandlungen das Herzstück unserer Arbeit sind, müssen die Metallarbeitergewerkschaften ihre Mitglieder organisieren und mobilisieren, um die Herausforderungen der neoliberalen Agenda von Konzernen und den meisten Regierungen anzunehmen, und um sicherzustellen, dass die Arbeitnehmerschaft einen fairen Anteil am Wohlstand hat, der durch das Wirtschaftswachstum hervorgebracht wird.

Das Ziel des IMB ist, die Aktivitäten seiner Mitgliedsorganisationen zu unterstützen, zu koordinieren und zu stärken, um

- die Löhne, Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern;
- weltweit neue Mitglieder in demokratischen Gewerkschaften zu organisieren;
- nationale Metallarbeitergewerkschaften aufzubauen und zu stärken;
- zu gewährleisten, dass international anerkannte Kernarbeitsnormen in jedem Land Anwendung finden und nationale Gesetze so abgeändert werden, dass sich diese Normen darin manifestieren;
- die Arbeitnehmerrechte zu schützen und zu verteidigen;

- für sichere und gesunde Arbeitsbedingungen zu kämpfen;
- den Rechten und der Interessenvertretung von Frauen eine besonders hohe Priorität beizumessen;
- für ein nachhaltiges Wachstum zu kämpfen, das die Umwelt schützt und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert;
- die Fähigkeit und Einheit der Gewerkschaften zu stärken, um ein Gegengewicht zu den transnationalen Konzernen (TNK) und ihrer Macht über die Verteilung von Beschäftigung und Investitionen zu schaffen;
- sich für ein faires Handelssystem einzusetzen, soziale Gerechtigkeit zu fördern und Armut zu beseitigen; und
- sich mit Ländern und Regierungen zu solidarisieren bzw. Länder und Regierungen zu unterstützen, die eine fortschrittliche Politik verfolgen und sich um Gerechtigkeit, Gleichheit und soziale Nachhaltigkeit bemühen.

Es ist klar, dass die Gewerkschaften diese Ziele nicht nur auf nationaler Ebene erreichen können. Nationale Initiativen müssen durch internationale Aktionen ergänzt werden, um erfolgreich zu sein.

Aus diesem Grund hat der IMB die Aufgabe:

- die nationalen Metallarbeitergewerkschaften in einer globalen Gewerkschaftsstruktur zu vereinen, die in der Lage ist, ihre Mitglieder auf allen Ebenen, wann und wo immer nötig, solidarisch zu mobilisieren;
- die Gewerkschaften zusammenzubringen, um Informationen auszutauschen, Interessenkonflikte zu überwinden und gemeinsame Strategien zu entwickeln;
- bei größeren Konflikten oder im Falle der Verletzung von Arbeitnehmergrundrechten Solidaritätsaktionen und die Unterstützung der Mitgliedsorganisationen zu koordinieren;
- Informationen über Entwicklungen, die für die Metallgewerkschaften relevant sind, zur Verfügung zu stellen;
- sich aktiv für die Belange und Interessen der Metallarbeiterinnen und -arbeitnehmer einzusetzen, und zwar auf eine effiziente und innovative Art und Weise, die die Gewerkschaftsmitglieder einbezieht und mobilisiert und den IMB in die täglichen Aktivitäten der Mitgliedsorganisationen einbringt;
- Ressourcen und solidarische Unterstützung in den Aufbau starker Nationalgewerkschaften in Ländern zu lenken, in denen es nur schwache oder gar keine Gewerkschaften gibt;
- die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zu unterstützen, die sich mit den gewerkschaftlichen Kernaufgaben wie Organisierung, Tarifpolitik, Verteidigung von Arbeitnehmerrechten und internationale Solidarität befasst;
- eine internationale Strategie für den Gewerkschaftsaufbau in den TNK und ihren Zuliefererketten auf Branchen- und Unternehmensebene zu koordinieren;



- sich der machtpolitischen Herausforderung durch TNK zu stellen, indem die kollektive Verhandlungsmacht – auf der Basis eines einzelfallbezogenen Mandats durch die Mitgliedsorganisationen – auf internationaler Ebene weiterentwickelt wird, und indem beispielsweise Informationen und Erfahrungen unter den Mitgliedsorganisationen ausgetauscht werden. Hierzu gehört auch die Weiterentwicklung, Verhandlung, Umsetzung und Überwachung von internationalen Rahmenvereinbarungen (IRV);
- die Verletzung grundlegender Gewerkschaftsrechte oder Einmischung in die Arbeit unabhängiger Gewerkschaftsgremien durch die Regierungen offenzulegen und dagegen vorzugehen;
- die Interessen der Metallarbeiterinnen und –arbeitnehmer in internationalen Institutionen zu vertreten, die Entscheidungen über Beschäftigung und Arbeitsbedingungen treffen, wie die Internationale Arbeitsorganisation (IAO), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation;
- mit anderen globalen Gewerkschaftsföderationen (GUFs), dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und dem gewerkschaftlichen Beratungsausschuss (TUAC) bei der OECD zusammenzuarbeiten, um im Interesse der Mitgliedsorganisationen eine engere Kooperation zu bewirken und Aktionen zu verfolgen; und
- wo immer möglich mit geeigneten politischen und sozialen Organisationen in den Dialog zu treten, Bündnisse mit ihnen einzugehen und gemeinsame Aktionen zu entwickeln.

Die Mitgliedsorganisationen des IMB werden einen wichtigen Beitrag zur Erreichung unserer Ziele leisten, indem sie:

- ihren politischen Einfluss, ihre Durchsetzungsfähigkeit und ihre Ressourcen durch Organisierung und Tarifverhandlungen auf nationaler Ebene stärken;
- mit dem IMB und anderen Mitgliedsorganisationen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene Informationen austauschen und aktive Kommunikation betreiben;
- sich in die regionalen und globalen Strukturen des IMB einbringen;
- sich bei Arbeitskämpfen oder im Falle der Verletzung von Arbeitnehmergrundrechten gegenseitig unterstützen;
- an durch den IMB organisierten internationalen Aktionen und Netzwerken teilnehmen; und
- der internationalen Gewerkschaftsarbeit ein Gesicht geben, indem sie die durch den IMB koordinierten Aktivitäten in ihre laufende Arbeit einbinden.

Um unsere Ziele letztendlich zu erreichen, muss der IMB die bloße Koordinationsrolle überwinden und zu einer wirklich globalen Gewerkschaft werden, die in der Lage ist, den sozialen und ökonomischen Herausforderungen zu begegnen, die auf den Prinzipien der Unabhängigkeit, Autonomie und Demokratie beruht, und die den Aufträgen der Entscheidungsgremien folgt.

## 2. DIE WELT VON HEUTE

Seit dem IMB-Kongress im Jahr 2005 sind die Beschäftigten in der Metallindustrie und die gesamte Gewerkschaftsbewegung mit einem immer feindseligeren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umfeld konfrontiert worden. Die Konzerne haben die Globalisierung zur Maximierung der globalen Ziele und Profite ihrer Operationen mit Unterstützung von Regierungen und internationalen Institutionen vorangetrieben und dabei eine neoliberale Politik gefördert, die von der Deregulierung der Kapital- und Arbeitsmärkte, der Privatisierung der öffentlichen Dienste und des öffentlichen Eigentums, der Abschwächung des Beschäftigungswachstums in vielen Regionen, der Erosion der sozialen Sicherungssysteme und der häufigen Verweigerung von Arbeitnehmer- und Menschenrechten geprägt wird. Sogar heute noch genießt ein Großteil der Metallarbeiterinnen und -arbeiter in der Welt nicht das Grundrecht auf eine Gewerkschaft.

Während die Weltwirtschaft gewachsen ist und gewaltigen Reichtum geschaffen hat, ist die Schere zwischen Arm und Reich auseinander gegangen. Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind mit sich verschlechternden Arbeits- und Lebensbedingungen, unsicherer Arbeit und der Erosion ihrer Rechte konfrontiert. Während das Kapital enorme Gewinne erzielt hat, ist die Kaufkraft der meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesunken oder stagniert bestenfalls.

### 2.1 Profite vor Menschen

Es ist soweit gekommen, dass das Finanzkapital über das produktive Kapital dominiert. Kurzfristige, spekulative Investitionen haben die Oberhand gewonnen, auf Kosten von langfristigen Investitionen in die Schaffung von Arbeitsplätzen, Fortbildung, Forschung, Innovation und nachhaltige Entwicklung. Die gegenwärtigen Nahrungsmittel-, Treibstoff- und Finanzkrisen zeigen das Scheitern einer neoliberalen Politik, die drastische Auswirkungen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Armen hat und die Weltwirtschaft nun in eine schwere Rezession zieht.

In den vergangenen Jahren hat die Globalisierung der Finanzmärkte eine neue Dimension angenommen, indem sich neuartige, spekulative Produkte verbreitet haben, die sich der Kontrolle und Regulierung entziehen. Spekulative Fonds werden von Banken und institutionellen Anlegern wie Versicherungen, Kapitalanlagegesellschaften und Pensionsfonds gefüllt. Ein Teil der Private Equity-Anlagen, denen es bezüglich ihrer politischen und wirtschaftlichen Ziele sowie im Hinblick auf ihre Anlagepraxis und Investitionsstrategien absichtlich an Transparenz fehlt, stammt zudem aus Staatsfonds mit riesigen Kapitalressourcen.

Nie zuvor war der Einfluss von Private Equity- und Hedgefonds auf die Märkte und Unternehmen so groß. Viele dieser Fonds haben ihren Sitz in Steuerparadiesen, was die sowieso schon schrumpfenden Einkünfte aus der Körperschaftssteuer weiter reduziert. Eine Finanzwirtschaft, die auf Kurzfristigkeit und hohen Renditen basiert, koppelt sich zunehmend von der Realwirtschaft ab – mit verheerenden Folgen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Heutzutage ist kaum ein Unternehmen immun gegen eine Übernahme durch Private Equity Fonds. Meistens übernehmen diese Fonds die Kontrolle über die Unternehmen, ohne eigene industrielle Pläne aufzuweisen, mit dem einzigen Ziel, die

Aktienpreise hochzutreiben und in kürzester Zeit ein Maximum an Profit herauszuholen. Die kurzfristigen, potenziell hohen Gewinne ziehen institutionelle Investoren an, einschließlich Pensionsfonds. So werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Altersersparnisse in Pensionsfonds angelegt haben, ungewollt in einen spekulativen Finanzmarkt verstrickt, der Arbeitsplätze zerstört. Viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mussten schon zuschauen, wie sich ihre Ersparnisse durch Konzernskandale in Luft aufgelöst haben.

Die Instabilität der Weltfinanzmärkte ist nicht nur wegen einiger Spekulanten ein Problem. Das gesamte System braucht neue Regeln.

## 2.2 Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit

Die IAO schätzt, dass die gegenwärtige Finanzkrise weltweit voraussichtlich etwa 20 Millionen Arbeitsplätze vernichten wird. Die Zahl der „working poor“, also jener Menschen, die trotz bezahlter Arbeit mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen müssen, wird nach vorsichtigen Schätzungen der IAO um 40 Millionen, und jener, die trotz bezahlter Arbeit mit zwei Dollar an einem Tag auskommen müssen, um über 100 Millionen anwachsen. Schon jetzt, bevor die vollen Auswirkungen dieser Krise überhaupt klar sind, ist über ein Drittel der Erwerbsbevölkerung der Welt ohne Arbeit oder unterbeschäftigt.

Die sogenannte Modernisierung der Arbeitsgesetze, die von den Regierungen und der Wirtschaftslobby vorangetrieben wird, ist zudem ein wesentlicher Bestandteil der neoliberalen Agenda und ein direkter Angriff auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Arbeitslosigkeit steigt weltweit, und dort, wo noch Arbeitsplätze geschaffen werden, geschieht dies zunehmend auf Kosten ihrer Qualität. Immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen feststellen, dass die Suche nach unbefristeter Vollzeitbeschäftigung ein fruchtloses Unterfangen ist. Prekäre Arbeit wird zur Norm und verbreitet sich in allen Wirtschaftssektoren, sogar unter Fachkräften. Andere Arbeitskräfte wiederum finden sich in outgesourceten Beschäftigungsverhältnissen wieder, ihre Tätigkeit wird falsch eingruppiert oder steht nicht unter dem Schutz der existierenden Arbeitsgesetze.

In vielen Entwicklungsländern sind die Beschäftigten durch schwere Wirtschaftskrisen, umfassende Privatisierungsprogramme und wirtschaftliche Restrukturierungen, die Arbeitsplätze vernichtet haben, aus der regulären Wirtschaft in den informellen Sektor gedrängt worden. Die unregulierte Wirtschaft breitet sich aus, und immer mehr Menschen kämpfen mit Hungerlöhnen ums Überleben. Arbeitslosigkeit und miserable Lebensbedingungen treiben die nationale und internationale Migration an, was in vielen Teilen der Erde zu Spannungen verschiedenster Art führt.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in prekären Beschäftigungsverhältnissen haben keine Sicherheit, eine ungewisse Zukunft, niedrige Löhne, beschränkten oder keinen Zugang zu Sozialleistungen wie Kranken- oder Rentenversicherung und sind größeren Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz ausgesetzt. Häufig werden den prekär Beschäftigten auch Rechte am Arbeitsplatz verweigert, etwa das Recht auf Beitritt zu einer Gewerkschaft oder auf Kollektivverhandlungen. Die Zunahme der prekären Beschäftigung schafft einen Zweiklassenarbeitsmarkt, der den sozialen Zusammenhalt untergräbt und die Gewerkschaften schwächt. Dies ist Teil einer umfassenderen, gewerkschaftsfeindlichen Strategie, die die Arbeitgeber mit ihren sorgfältig inszenierten Anti-Gewerkschaftskampagnen verfolgen.

## 2.3 Angriff auf die Gewerkschaften

Dieser Angriff auf die Arbeitsplätze und die Schwächung der Arbeitsbeziehungen ist auch ein Angriff auf die Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte. Die Arbeitgeber versuchen, in vielen Ländern mit voller Unterstützung durch die Regierungen, die Arbeitnehmerschaft zu spalten. Die Gewerkschaften haben mit einem Rückgang ihrer Mitgliederzahlen und einem sich verschlechternden tarifpolitischen Umfeld zu kämpfen. Zu den negativen Trends gehören zudem die Veränderungen der Industrie, der Beschäftigungsverhältnisse und der industriellen Beziehungen (einschließlich der Abkehr von Flächentarifverträgen und der Hinwendung zu Betriebsvereinbarungen oder sogar zu individuellen Arbeitsverträgen), aber auch das gewerkschaftsfeindliche Agieren von Regierungen und Unternehmen. Zudem haben die Gewerkschaften nicht angemessen auf diese widrigen Umstände reagiert und sich der Herausforderung der eigenen Erneuerung und effektiven Organisierung nicht angemessen gestellt. Die von den Arbeitgebern mit Hilfe von betriebsfremden Beraterfirmen in bestimmten Ländern aggressiv vorangetriebenen gewerkschaftsfeindlichen Kampagnen spielen eine wichtige Rolle im fortwährenden Angriff auf die Gewerkschaften und die Tarifverhandlungen. Solche zerstörerischen Aktivitäten werden gegenwärtig in andere Länder exportiert und stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Arbeitnehmerrechte in der ganzen Welt dar.

## 2.4 Verweigerung von grundlegenden Arbeitnehmerrechten

Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf dem gesamten Globus werden nach wie vor unterdrückt, verhaftet, diskriminiert, bedroht und unter Druck gesetzt, weil sie sich gewerkschaftlich engagieren. Gewerkschafter werden bei der Ausübung ihrer Rechte getötet.

Um dringend benötigte Investitionen aus dem Ausland anzulocken, werden miserable Arbeitsbedingungen ausgenutzt und Arbeitsgesetze nachlässig befolgt, wie im Falle der Exportförderzonen (EPZ). In solchen Zonen sind heutzutage Millionen von Arbeitnehmern, insbesondere Frauen, beschäftigt. Diskriminierungen und Misshandlungen sind dort üblich, und Versuche, eine Gewerkschaft zu gründen und Kollektivverträge auszuhandeln, werden oft mit Einschüchterung, Gewalt, Entlassungen und sogar Morddrohungen beantwortet.

Auch die Politik der internationalen Finanzinstitutionen hat den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der ganzen Welt geschadet. Durch die Auferlegung von Bedingungen, die in erster Linie die Deregulierung des Arbeitsmarktes, Privatisierungen und die wirtschaftliche Liberalisierung vorantreiben, sind die Arbeitnehmergrundrechte unterlaufen und Ungleichheiten verschärft worden. Außerdem hat diese Politik die Instabilität des Finanzsystems verstärkt und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gemeinschaften beträchtlich in Bedrängnis gebracht.

## 2.5 Wachsender Einfluss der transnationalen Konzerne

Die TNK versuchen, ihre Risiken und Kosten auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzuwälzen. Dies geschieht häufig mit Unterstützung der Institutionen und Regierungen. Darüber hinaus sind Outsourcing, Auslandsverlagerungen und die Untervergabe von Aufträgen inzwischen ein integraler Bestandteil der Kostenreduzierungsstrategien der Unternehmen. Diese Prozesse betreffen nicht nur die Beschäftigten in der Produktion, sondern in zunehmendem Maße auch die gut ausgebildeten und gut bezahlten Arbeitskräfte in den Bereichen Design, Forschung und Entwicklung. Ein Großteil der Verlagerungen und der Investitionen auf der grünen Wiese findet in Ländern statt, die häufig einen geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, keine demokratischen Gewerkschaften oder auch gar keine Gewerkschaften haben.

Die TNK haben durch direkte Kapitalanlagen Arbeitsplätze geschaffen; gleichzeitig haben sie aber auch auf mehreren Ebenen komplexe, weltumspannende Zuliefererketten und Netzwerke aufgebaut, die Tausende von Subunternehmen und Zulieferern in der ganzen Welt erreichen. Mit Hilfe dieser Netzwerke können die Konzerne Waren und Dienstleistungen von überall her beziehen, die Produktionslinien kurzerhand reorganisieren, die Beschäftigten zur permanenten Anpassung an neue Leistungsanforderungen zwingen und ein Land von einem Moment auf den anderen verlassen, wenn anderswo billigere und gefügigere Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Somit haben die TNK die industriellen Strukturen innerhalb der Länder, aber auch zwischen den Ländern, zu ihrem eigenen Nutzen grundlegend verändert, indem sie u.a. die Entscheidungszentralen verlagert und die Beschäftigungsbeziehungen, auf denen die Arbeitsschutzsysteme größtenteils basieren, transformiert haben. Obwohl ganz offensichtlich ist, dass die TNK einen wesentlichen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf der ganzen Welt haben, weigern sie sich, dies einzugestehen und behaupten, dass sie nicht für die Beschäftigten in der Zuliefererkette verantwortlich seien.

Die TNK haben einen globalen Arbeitsmarkt geschaffen, in dem die Beschäftigten eines Landes und/oder verschiedener Länder permanent miteinander konkurrieren müssen. Darüber hinaus erlaubt die unbegrenzte Mobilität des Kapitals den TNK, Nutzen aus den verschiedenen Lohn- und Arbeitsbedingungen und den Unterschieden in der Arbeitsgesetzgebung zu ziehen. So werden Interessenkonflikte zwischen Arbeitnehmergruppen in verschiedenen Regionen, an verschiedenen Standorten, in einem Land und zwischen den Ländern geschaffen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden dazu gedrängt, schneller, billiger und länger zu arbeiten, was eine Zunahme an arbeitsbedingten Gesundheitsproblemen mit sich bringt. Die Fähigkeit der TNK, die Produktion, Forschung und Entwicklung zu verlagern, ist nicht nur eine Bedrohung für die Arbeitsplätze, sondern auch für die Löhne und die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Bislang begegneten die Gewerkschaften der Herausforderung durch die Macht der TNK nur mit begrenztem Erfolg. Der durch die TNK vorangetriebene Verlagerungsprozess fordert seinen Tribut von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, und in vielen Regionen geht das Gespenst der Deindustrialisierung um. Die Industrie jedoch ist eine Schlüsselkomponente für Wachstum, technischen und sozialen Fortschritt und ausgeglichene Handelsstrukturen. Und sie ist von zentraler Bedeutung für die Beschäftigung. Deshalb bedarf es einer

Regierungspolitik, die ein gerechtes und nachhaltiges Wachstum fördert, die die Anpassung traditioneller Industriezweige erleichtert, und die die Entwicklung neuer Industrien unterstützt. Hierbei müssen die Gewerkschaften eine neue Rolle spielen und in ihrer Strategie zum Wohle aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die sozialpolitische mit der umweltpolitischen Dimension verbinden.

## 2.6 Welthandelssystem in Unordnung

Allzu oft geben die Regierungen den Interessen der TNK Vorrang vor den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dies wird immer dann besonders offensichtlich, wenn es um Handelsfragen geht. Es ist also keine Überraschung, dass das gegenwärtige Welthandelssystem auch weiterhin unfähig ist, die Frage der nachhaltigen Entwicklung anzugehen und auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der ganzen Welt einzugehen. Die Gewerkschaften stemmen sich vehement gegen die aktuellen Vorschläge für eine weitere Liberalisierung des Industriegüterhandels, da dies in vielen Entwicklungsländern die Aussichten auf Fortschritt untergraben und die Arbeiterbewegung der Industriestaaten und der Entwicklungsländer gegenüber dem multinationalen Kapital schwächen würde. Während der Multilateralismus in der Krise ist, verbreiten sich bilaterale und regionale Handelsabkommen, die in den meisten Fällen ohne die Konsultation und Einbeziehung der Gewerkschaften ausgehandelt wurden.

Unfaire Handelspraktiken und der Widerstand der Regierungen gegen die einklagbare Einbeziehung von Kernarbeitsnormen in Handels- und Investitionsabkommen belasten das multilaterale System zudem. Der Handel kann ein Motor für wirtschaftliche und soziale Entwicklung sein, aber damit das geschieht, müssen die derzeitige Politik und Praktiken grundlegend geändert werden. Die Verletzung der Kernarbeitsnormen ist nicht nur ein Affront gegen die Menschenrechte, sondern auch eine wirtschaftliche Verzerrung. Dies ist nichts anderes als die Verzerrung durch unfaire Subventionen oder die Verletzung geistiger Eigentumsrechte, die den Sanktionen der Welthandelsorganisation unterworfen sind.

Die zunehmende Teilnahme Chinas am internationalen Handel hat den Wettbewerbsdruck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowohl in den Industriestaaten als auch in den Entwicklungsländern verstärkt und zu einer Zunahme der Verstöße gegen die Kernarbeitsnormen geführt. Insbesondere die Auswirkungen des chinesischen Engagements in Afrika und Lateinamerika erregen immer mehr Besorgnis. Dieses Engagement wird von der Notwendigkeit angetrieben, Zugang zu Energiequellen und Bodenschätzen zu bekommen, um den Bedarf der rapide wachsenden chinesischen Industrie zu decken. Auch die gegenwärtige Politik Chinas hat zu Beunruhigung geführt.

## 2.7 Zukunft ohne Nachhaltigkeit

Eine globalisierte Wirtschaft könnte den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der ganzen Welt nutzen und die Aussichten auf soziale und nachhaltige Entwicklungsprozesse verbessern. Das wird jedoch nicht geschehen, wenn eine Deregulierungsagenda verfolgt wird. Die durch die neoliberale Politik und den Freihandel hervorgerufenen Ungleichheiten in und zwischen den Ländern nehmen zu und zeigen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keinen angemessenen Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand erhalten, den sie selbst schaffen. Die von

einer unregulierten Globalisierung angetriebenen, nicht nachhaltigen Handelspraktiken und Produktionsverfahren haben dazu geführt, dass Themen wie industrielle Risiken, die öffentliche Gesundheit, der Umweltschutz und der Klimawandel ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt sind.

Der Klimawandel ist eine Bedrohung für die nachhaltige Entwicklung und wird sich auf die industriellen Aktivitäten, die Beschäftigung und das Wohlbefinden der Menschheit auswirken. Dies ist nicht nur eine Angelegenheit der Industriestaaten, die nach wie vor hauptverantwortlich für den Ausstoß von Treibhausgasen sind. Auch das rasante, energieintensive Wachstum in China, Indien und anderen sich schnell industrialisierenden Ländern trägt zur Zunahme der Abgasemissionen bei.

Heute wird weithin anerkannt, dass der Klimawandel die kritischste Umweltfrage für die Menschheit ist. Es gibt überzeugende Beweise dafür, dass die beobachtete Erwärmung größtenteils auf unregulierte Wirtschaftsaktivitäten und ein Konsumverhalten zurückzuführen ist, das auf einer massiven und exzessiven Ausbeutung der Bodenschätze beruht und zu weitverbreiteter Umweltverschmutzung durch die Industrie führt. Der durch das Transportwesen, die Industrie und die fossile Brennstoffe nutzenden Kraftwerke verursachte und schnell wachsende Schadstoffausstoß wird durch eine Globalisierung ermöglicht, die von der neoliberalen Politik angetrieben wird. Dazu gehören auch die enorme Zunahme des freien Handels und die damit verbundenen Transportkosten. Es herrscht ein Produktionssystem vor, das keine Rücksicht auf die Kosten für die Umwelt, für Recyclingmaßnahmen und die Abfallbeseitigung nimmt. In der Wissenschaft herrscht Einigkeit darüber, dass es absolut notwendig ist, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen und beispielsweise den Ausstoß der Treibhausgase zu reduzieren, die Zerstörung der Wälder (insbesondere der Regenwälder) zu stoppen und die landwirtschaftliche Produktion auf ökologischen Landbau umzustellen.

Darüber hinaus muss der Handel mit gefährlichen Abfällen wie Chemie- und Industrieabfällen sowie mit Atommüll entweder streng reguliert oder aber ganz gestoppt werden. Heutzutage werden diese Abfälle von den Industriestaaten häufig in den Entwicklungsländern abgeladen. Letztere akzeptieren dies wegen der kurzfristigen und minimalen Einnahmen, die sie daraus erzielen.

Es gibt viele Hinweise darauf, dass diese Länder mit den Abfällen, die sie erhalten, oft nicht in angemessener und sicherer Weise umgehen können. Häufig lagern die Abfälle im Freien, wo Kinder und arme Frauen dann nach Verwertbarem für ihr Überleben suchen.

Im globalen Kampf für den Umweltschutz müssen die Auswirkungen auf die Beschäftigung und mögliche Beschäftigungschancen voll und ganz berücksichtigt werden. Auch wenn Umweltschutz etwas kostet, so gibt es doch ein riesiges Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Metallindustrie, insbesondere in den Bereichen, die mit der Gewinnung alternativer Energien, der Bauwirtschaft und einem kraftstoffsparenden Transportwesen zu tun haben. Bei der Reaktion auf die Umweltkrise muss die Schaffung von stabilen, sicheren und guten Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt gerückt werden. Diese Arbeitsplätze müssen auf der Produktion von Waren und Dienstleistungen beruhen, die nützlich und allen zugänglich sind. Da viele Umweltprobleme ihre Wurzeln am Arbeitsplatz haben, sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der einmaligen Lage, zur Lösung der Probleme beizutragen. Darüber hinaus müssen die Gewerkschaften, insbesondere die Industriegewerkschaften, auf der Branchenebene eine starke Rolle spielen. Dabei sollten insbesondere die Bereiche Automobil, Stahl, Aluminium, Luft- und Raumfahrt und Energieerzeugung berücksichtigt werden, da sie alle eine

fundamentale Rolle für die Zukunft unserer Wirtschaft spielen. Positive Entwicklungen werden sich aber letztendlich nur dann einstellen, wenn die Gewerkschaften und ihre Bündnispartner in der ganzen Welt gegen den Neoliberalismus kämpfen und sich für eine effektive nationale Industriepolitik einsetzen.

Die Globalisierung und ihre sozialen Auswirkungen sind ein wichtiger Faktor für die Ausbreitung von HIV/AIDS und anderen Epidemien. Daraus folgt, dass diese Epidemien nicht als isoliertes Problem, sondern nur im Zusammenhang mit Handelsfragen, Investitionen, Arbeitsbeziehungen und sozialer Sicherheit betrachtet werden können. Weniger entwickelte Länder mit hoher Armutsrate und großen Ungleichheiten sind hierbei besonders anfällig. Der politische Druck der internationalen Finanzinstitutionen führt dazu, dass die Armut unter den wirtschaftlich am meisten marginalisierten Gruppen weiter zunimmt. Das wirkt sich sowohl auf die Ausbreitung der Epidemien als auch auf die Reaktionen darauf aus. Gewerkschaften sind Schlüsselakteure am Arbeitsplatz. Sie können die Beschäftigten schützen und mit den Arbeitgebern Vereinbarungen treffen, um den Zugang zu Versorgung und Behandlung zu fördern und Diskriminierung vorzubeugen. Gewerkschaften spielen auch eine breitere Rolle in der Zivilgesellschaft, die danach strebt, Armut und Mangel durch Lohnerhöhungen und eine Anhebung des Lebens- und Sozialstandards zu lindern.

Der globale Rüstungswettbewerb, der auf der ganzen Welt zu Spannungen führt und Konflikte schürt, bedroht zudem eine nachhaltige Zukunft. Seit 1998 sind die weltweiten Rüstungsausgaben um 45 Prozent gestiegen. Der Kampf um die Sicherung des Zugangs zu den lebenswichtigen Energiequellen trägt hauptsächlich zu dieser militärischen Aufrüstung bei. Gleichzeitig erschöpfen sich die begrenzten Ressourcen durch verschwenderische und unnötige Produktion und das Bevölkerungswachstum. Investitionen in dringend notwendige Bildungs- und Gesundheitsprogramme andererseits haben das Nachsehen, und der Umfang der Entwicklungshilfe ist insgesamt zurückgegangen.

## 2.8 Bündnisse, Widerstand und Chancen

Weltweit kommen die Menschen zusammen und mobilisieren sich gegen die destruktiven Folgen des ungezügeltten Kapitalismus, die radikale Deregulierung und die Ausnutzung durch die Unternehmen. Sie verlangen die Förderung der Demokratie, der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit. Verschiedene soziale und politische Bewegungen lehnen den neoliberalen Konsens ab und folgen einem anderen Weg. Der im Jahr 2001 in Porto Alegre, Brasilien, eingeleitete Prozess des Weltsozialforums ist der größte und umfassendste Raum, in dem mit anderen sozialen Akteuren Bündnisse geschmiedet und gemeinsame Initiativen ergriffen werden können. In einigen Ländern hat im vergangenen Jahrzehnt ein wirklicher politischer Wandel stattgefunden, vor allem in Lateinamerika, wo demokratische und fortschrittliche Regierungen an die Macht gekommen sind. Diese haben das neoliberale Wirtschaftsmodell durch eine Wiederverstaatlichung ihrer wichtigsten natürlichen Ressourcen herausgefordert und setzen ihre Gewinne zum Nutzen vieler und nicht nur weniger ein. Viele Bewegungen und Netzwerke sind entstanden, die in der Lokalpolitik und auf der Weltbühne eine wichtige Rolle spielen. Sie treten miteinander in den Dialog, vereinbaren gemeinsame Aktionen und bilden breite Koalitionen.



Die progressiven, sozialen Kräfte der Welt haben nun die einmalige Gelegenheit, sich zusammenzutun und Alternativen zur neoliberalen Politik zu entwickeln. Alternativen, die sich der nachhaltigen Entwicklung, den Menschenrechten, der Gleichstellung der Geschlechter und dem Schutz der individuellen und kollektiven Rechte in der Wirtschaft verschreiben, bieten überall die Möglichkeit zu solidarischen Bündnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

## **3. GLOBALES, SOLIDARISCHES HANDELN**

### **3.1 Aufbau starker Nationalgewerkschaften**

Der IMB wird nur so stark sein wie seine Mitgliedsorganisationen und nur die Macht besitzen, die seine Mitglieder ihm übertragen. Aus diesem Grund ist unsere Priorität der Aufbau starker Nationalgewerkschaften, die eine dauerhafte demokratische Beziehung zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern haben und in der Lage sind, durch Tarifverhandlungen, die Organisierung der Nichtorganisierten, das Streben nach nationaler gewerkschaftlicher Einheit und den Gewerkschaftsaufbau mittels Schulung, Bildung und effektiven Informationsaustausch wirklichen Nutzen zu bringen.

#### ***3.1.1 Organisierung der Nichtorganisierten***

Angesichts der enormen Herausforderungen, denen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der heutigen globalisierten Wirtschaft gegenüberstehen, ist die Organisierung nach wie vor eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften. Dabei sollte die Organisierungsarbeit von den IMB-Mitgliedsorganisationen selbst vorangetrieben werden.

Die Transformation von sicherer zu unsicherer Beschäftigung, die Angriffe auf die Gewerkschaftsrechte und die Fragmentierung der Tarifverhandlungssysteme haben unsere Fähigkeit, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu organisieren und ihre Interessen effektiv zu vertreten, erheblich erodiert. Hinzu kommt der Strukturwandel bei der Beschäftigung, der insbesondere in den entwickelten Ländern zu einer Verringerung des Anteils der Arbeiter, die traditionell gut organisiert sind, und zu einem Anstieg von Beschäftigten mit hohen Bildungsabschlüssen und Angestellten führt, die erfahrungsgemäß schwieriger zu organisieren sind.

Um die Rechte der Metallarbeiterinnen und -arbeiter durchzusetzen und zu verteidigen, brauchen wir in allen Ländern starke Nationalgewerkschaften. Deshalb ist eines der Hauptziele des IMB, die Arbeitnehmerschaft zu ermutigen, unabhängige, demokratische und repräsentative Nationalgewerkschaften aufzubauen, die von den Arbeitgebern, den politischen Parteien und den Regierungen unabhängig sind. Hierzu gehört auch, die Schwächen der existierenden Gewerkschaften zu überwinden und, wenn nötig, neue Gewerkschaften aufzubauen, die in der Lage sind, die heutigen Herausforderungen anzunehmen.

Allerdings geht es nicht nur um das, was die Gewerkschaften tun. In einigen Ländern wie Kolumbien, Thailand und den Philippinen arbeiten die Regierungen und Unternehmen aktiv an der Zerschlagung der Gewerkschaftsstrukturen. Sie ermorden und schüchtern Gewerkschafter ein oder splitteln die Gewerkschaften alternativ auf, indem sie ein System der Betriebsgewerkschaften fördern und somit die Möglichkeit zu gewerkschaftlicher Stärke ernsthaft untergraben. Alle Arbeitnehmer müssen unabhängig von ihrem Status das Recht haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Der IMB und seine Mitgliedsorganisationen müssen für eine Gesetzgebung kämpfen, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erlaubt, über ihre jeweiligen Vertretungsstrukturen selbst zu entscheiden. Zudem werden der IMB und seine Mitgliedsorganisationen Druck auf die Unternehmen ausüben, damit diese die Entscheidungen der Beschäftigten immer respektieren, statt sich hinter nationalen

Gesetzen zu verstecken, wenn diese dem international anerkannten Arbeitsrecht nicht entsprechen.

**Die IMB-Mitgliedsorganisationen werden:**

- der Organisierung als Hauptmittel zum Aufbau gewerkschaftlicher Stärke auf nationaler Ebene Priorität einräumen;
- Organisierungsstrategien auf Branchenebene und in Schlüsselkonzernen verfolgen;
- Gewerkschaften praktisch und solidarisch unterstützen, die versuchen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer überall, insbesondere aber entlang der Zuliefererkette von TNK, auch im Heimatland der Mitgliedsorganisation, zu organisieren;
- für die Abschaffung von gesetzlichen Beschränkungen kämpfen, die prekär Beschäftigte daran hindern, den Nationalgewerkschaften beizutreten;
- die Organisierung von Angestellten verstärken, die einen immer größeren Teil der Arbeitnehmerschaft darstellen, um mehr Solidarität und Verhandlungsmacht aufzubauen; und
- auf die Beseitigung gesetzlicher Beschränkungen des Rechts auf Organisierung für Angestellte hinwirken.

**Um die Mitgliedsorganisationen bei der Organisierungsarbeit zu unterstützen, wird der IMB:**

- die Gewerkschaften bei der Ausarbeitung ihrer eigenen Organisierungskampagnen und -strategien unterstützen, insbesondere im Bezug auf Kampagnen zur Organisierung von Frauen, Migranten, jungen Menschen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in prekären Beschäftigungsverhältnissen;
- seine Bemühungen verstärken, um auf die Organisierung von Angestellten in allen Regionen aufmerksam zu machen. Zudem wird er den Informations- und Erfahrungsaustausch über Organisierungsinstrumente und -verfahren fördern und Themen ansprechen, die für Angestellte besonders relevant sind;
- zusammen mit den Mitgliedsorganisationen Möglichkeiten der Organisierung identifizieren und diese vorantreiben, besonders dann, wenn durch Investitionen der TNK neue oder mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Der von den Regionen informierte Exekutivausschuss wird den Ländern Vorrang geben, die im Zentrum dieser Entwicklung stehen. Dazu gehören Länder wie China, wo der IMB derzeit keine Mitgliedsorganisationen hat;
- sich der IRV und anderer Mittel bedienen, um grenzüberschreitende Organisierungskampagnen voranzutreiben;
- Organisierungsaktivitäten koordinieren:
  - entlang der gesamten Zuliefererkette, indem Subunternehmen und Arbeitnehmer in den verschiedenen Formen der prekären Beschäftigung anvisiert werden;

- in den EPZ, in denen die Arbeitnehmerrechte ignoriert werden und Ausbeutung an der Tagesordnung ist; und
- wo immer unternehmens- oder standortübergreifende Kampagnen koordiniert werden könnten;
- Foren für den Informations- und Erfahrungsaustausch bereitstellen;
- Schulungen über Fragen der Organisierung und Mitgliederbindung anbieten; und
- zusammen mit anderen GUFs, dem IGB, dem TUAC und der IAO die Bemühungen auf nationaler Ebene unterstützen, um Gesetzesänderungen herbeizuführen, die das Recht auf Organisierung und Kollektivverhandlungen schützen.

#### **Der IMB wird Gewerkschaften unterstützen, die:**

- mit ihren Aktivitäten auf Eigenständigkeit hinarbeiten;
- ihre eigenen Prioritäten festgelegt und ihren Bedarf definiert haben;
- in Übereinstimmung mit dem IMB-Aktionsprogramm arbeiten;
- Gewerkschaftsstrukturen aufbauen, die auf lokaler und internationaler Ebene auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingehen und Frauen auf allen Ebenen einbeziehen;
- in der Lage sind, Aktivitäten zu organisieren, oder bereit sind, eng mit dem zuständigen IMB-Regionalbüro zusammenzuarbeiten;
- von politischen Parteien und Arbeitgebern unabhängige demokratische Gewerkschaftsstrukturen aufbauen;
- bereit sind, mit anderen IMB-Mitgliedsorganisationen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zusammenzuarbeiten;
- repressiven Regierungen gegenüberstehen und diese bekämpfen.

### ***3.1.2 Streben nach nationaler gewerkschaftlicher Einheit***

In Ländern, in denen die nationalen Gewerkschaften gefährdet sind oder das System der Betriebsgewerkschaften vorherrscht, wird der IMB mit den Mitgliedsorganisationen zusammenarbeiten, um die nationale Einheit und stärkere nationale Strukturen zu fördern. Dazu gehört die Entwicklung von Strategien, die verhindern, dass Arbeitnehmerorganisationen gegeneinander ausgespielt oder von den Unternehmen abhängig werden. Unter Anwendung von Instrumenten wie den Landesausschüssen wird sich der IMB dafür einsetzen, dass Konkurrenz unter den Beschäftigten vermieden und Kooperation und Solidarität gefördert wird.

Starke Nationalgewerkschaften haben häufig unterschiedliche historische Wurzeln. Aber auch wenn der Zusammenschluss zu einer einzigen Nationalgewerkschaft nicht realistisch ist, sollten einheitliche Aktionen angestrebt werden. Der IMB wird seine Aufmerksamkeit darauf lenken, dass die Gewerkschaften, die wir unterstützen, auch wirklich in der Lage sind, Mitglieder zu organisieren, Tarifverhandlungen zu führen, die Arbeit auf nationaler Ebene zu bündeln; und er wird sich darum bemühen, dass verschiedene Gewerkschaften in einem Land einvernehmlich im Interesse aller Metallarbeiterinnen und -arbeiter agieren.

In Ländern, in denen das Arbeitsrecht keine Nationalgewerkschaften zulässt, wird der IMB mit den nationalen Zentralen, anderen globalen Gewerkschaften und dem IGB zusammenarbeiten, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre

Gewerkschaften bei der Aufhebung von Gesetzen zu unterstützen, die sie von der Bildung nationaler Gewerkschaften abhalten.

**Um die Mitgliedsorganisationen bei der Verwirklichung der Einheit auf nationaler Ebene zu unterstützen, wird der IMB:**

- die Strukturen der IMB-Landesausschüsse nutzen, um mehr Einheit und solidarisches Handeln zu erreichen; und
- seine Aktivitäten beim Gewerkschaftsaufbau auf solche Länder konzentrieren, in denen es vor allem TNK-Betriebsgewerkschaften gibt. Dabei sollen die nationalen Strukturen gestärkt und die Einheit der Gewerkschaften gefördert werden, indem Veränderungen der Gewerkschaftsstrukturen unterstützt werden.

**Die IMB-Mitgliedsorganisationen werden:**

- auf nationaler Ebene mit anderen Mitgliedsorganisationen zusammenarbeiten, um gemeinsame Positionen und Plattformen zu Themen zu entwickeln, die die Metallarbeiterinnen und -arbeiter betreffen. Hierzu gehört insbesondere die Tarifpolitik.

### ***3.1.3 Gewerkschaftsaufbau durch Bildung, Schulung und effektiven Informationsaustausch***

#### **Schulung und Bildung**

Wo angemessen, wird der IMB mit dem IGB, dem TUAC, der IAO und gewerkschaftsfreundlichen Partnerorganisationen kooperieren, um Schulungen und Bildungsaktivitäten zu organisieren und durchzuführen, die auf den Aufbau starker Nationalgewerkschaften abzielen. Um die Ziele des Aktionsprogramms auf bestmögliche Weise zu erreichen, wird sich das IMB-Sekretariat besonders auf diese Arbeit konzentrieren und dabei vom Exekutivausschuss und den Regionen beraten. Sofern mit Geldgeberorganisationen kooperiert wird, wird den IMB-Zielen immer Vorrang gegeben, und die Unabhängigkeit des IMB bleibt stets gewahrt.

Die Schulungs- und Bildungsmaßnahmen zum Aufbau der Gewerkschaften werden folgende Themen beinhalten:

- Globalisierung, die zunehmende Macht der Konzerne und Maßnahmen gegen den Neoliberalismus;
- Organisierung;
- Tarifpolitik und effektive Verhandlungstechniken bzw. -strukturen;
- Arbeits- und Gesundheitsschutz;
- gleiche Rechte;
- Einführung neuer Technologien;
- Weiterbildung und lebenslanges Lernen;
- interne und externe Kommunikationsstrategien;
- gewerkschaftliches Finanzmanagement (einschließlich des effizienten Einzugs der Mitgliedsbeiträge und angemessenen und transparenten Ausgaben);
- Durchsetzung, Umsetzung und Überwachung von IRV; und

- andere interessante und wichtige Gewerkschaftsthemen.

Im Einklang mit den oben umrissenen Abschnitten 3.1.1. und 3.1.2. wird der IMB Mittel für Projekte zum Gewerkschaftsaufbau zur Verfügung stellen, und zwar unter der Voraussetzung, dass sie:

- von der Kontrolle durch Arbeitgeber und Regierungen unabhängige Organisationen aufbauen;
- die Demokratie innerhalb der Organisation fördern und die Mitglieder, insbesondere junge Menschen und Frauen, ermutigen und befähigen, an den Aktivitäten der Organisation teilzunehmen. Die Projekte sollten dazu beitragen, politische und ethnische Diskriminierung sowie die Diskriminierung der Geschlechter zu beseitigen;
- die Fähigkeit der Organisation verbessern, ihre eigenen Kernaufgaben selbst wahrzunehmen und eigenständig zu werden, insbesondere im Bildungsbereich;
- die Solidarität in der Organisation, zwischen den Gewerkschaften des jeweiligen Landes und/oder der Region sowie innerhalb des IMB fördern; und
- unabhängige Gewerkschaften dabei unterstützen, repressiven Regierungen entgegenzutreten und diese zu bekämpfen.

### **Information**

Die Informationen über die Arbeit des IMB und seiner Mitgliedsorganisationen müssen systematischer kommuniziert werden. Solche Informationen können den Mitgliedsorganisationen in den verschiedenen Regionen helfen, voneinander zu lernen und ihre Stärken auszubauen.

### **Der IMB wird:**

- auf die Einrichtung eines effizienteren internen Informationssystems hinwirken und sich dabei der IMB-Internetseite, den Newslettern, der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift und anderer Kommunikationsmittel bedienen.

### **Die IMB-Mitgliedsorganisationen werden:**

- das Sekretariat darüber informieren, an welcher Art von Informationen sie interessiert sind; und
- dem IMB Informationen über ihre Aktivitäten zur Verfügung stellen.

## 3.2 Stärkung der Tarifpolitik

Die Aushandlung und Verbesserung von Tarifverträgen ist die Kernaktivität einer Gewerkschaft und nach wie vor das beste Instrument zur Verbesserung von Löhnen und Arbeitsbedingungen, zur Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und zur Lösung von Konflikten am Arbeitsplatz. Tarifpolitik wirkt sich über den Arbeitsplatz hinaus aus und beeinflusst die Lebensbedingungen und Entwicklungschancen ganzer Gemeinschaften. Die Gewerkschaften sollten die Tarifpolitik zunehmend als Mittel nutzen, um sich in den Gemeinschaften zu engagieren und die umfassenderen Interessen der Arbeitnehmer als Bürger und Verbraucher zu vertreten.

Im letzten Jahrzehnt ist die Gewerkschaftsbewegung von Arbeitgebern, Regierungen und ihren Verbündeten angegriffen worden, die entschlossen sind, die Tarifpolitik und somit auch die Gewerkschaftsbewegung zu schwächen. Insbesondere die Arbeitgeber sind daran interessiert, die Kollektivverhandlungen auf nationaler, sektoraler und manchmal sogar auf Unternehmensebene abzuschaffen. Mit der Drohung der Auslagerung von Produktions- und Dienstleistungsabteilungen wollen sie mehr Flexibilität und andere Zugeständnisse durchsetzen. Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden neue Arbeits- und Beschäftigungsformen aufgezwungen, die zu mehr Stress und Unsicherheit führen. In den Entwicklungsländern verlangen insbesondere die ausländischen Investoren eine Deregulierung des Arbeitsrechts und andere regulative Veränderungen, die negative Auswirkungen auf die Entwicklungsmöglichkeiten für diese Länder haben.

Der IMB wird mit den Mitgliedsorganisationen zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die Kollektivverträge auch weiterhin den Rahmen für alle die Arbeit betreffenden Belange bilden. Hierzu gehören angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen, die Arbeitszeit und Arbeitsorganisation, das Arbeitstempo sowie der Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Da die Unternehmen in zunehmendem Maße auf globaler Ebene operieren, muss das langfristige Ziel des IMB eine internationale Tarifpolitik unter Berücksichtigung der Rechte der Nationalgewerkschaften sein. Als erster Schritt sollte ein Informations- und Koordinierungssystem eingerichtet werden.

### **Zur Entwicklung und Stärkung der globalen und nationalen Kollektivverhandlungsmacht wird der IMB:**

- Mittel und Wege zum Austausch von Informationen über Kollektivverhandlungen entwickeln, die auf den regionalen Erfahrungen in Europa und anderen Regionen aufbauen;
- auf globaler Ebene unter den Mitgliedsorganisationen gemeinsame Voraussetzungen für Kollektivverhandlungen herbeiführen, indem globale Gewerkschaftspositionen zu Fragen wie prekäre Beschäftigung oder zum Thema Bildung entwickelt werden;
- auf der Basis eines eindeutigen einzelfallbezogenen Mandats der Mitgliedsorganisationen grenzüberschreitende Verhandlungen in TNK unter Einbeziehung eines IMB-Koordinators durchführen. Als Handlungsrahmen für solche grenzüberschreitenden Verhandlungen wird die IMB-Exekutive mit Unterstützung des Sekretariats IMB-Richtlinien erarbeiten, in denen auch die Rolle der IMB-Koordinatoren beschrieben wird. Verhandlungsgegenstand können nicht nur IRV,

sondern auch Themen wie Arbeits- und Gesundheitsschutz, Fortbildung, Zugang zu Informationen und andere Themen gemeinsamen Interesses sein; und

- die Mitgliedsorganisationen beim Aufbau ihrer nationalen Tarifverhandlungsmacht unterstützen.

#### **Die IMB-Mitgliedsorganisationen sollten:**

- anderen Organisationen Informationen über ihre tarifpolitischen Erfahrungen zur Verfügung stellen; und
- sich dafür einsetzen, dass rechtliche Hindernisse zur Durchführung von Tarifverhandlungen auf nationaler und sektoraler Ebene beseitigt werden.

## **3.3 Verteidigung und Schutz der Arbeitnehmerrechte**

### ***3.3.1 Kampf für Gewerkschaftsrechte***

Das universelle Grundrecht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Beitritt zu einer unabhängigen Gewerkschaft und auf Kollektivverhandlungen mit ihren Arbeitgebern ist die Grundlage der gewerkschaftlichen Organisation. Der IMB hat dem Kampf gegen die Unterdrückung von Gewerkschaften und die Verletzung der Arbeitnehmer- und Menschenrechte immer höchste Priorität eingeräumt. Verbindliche zwischenstaatliche Regelungen zur Durchsetzung der Kernarbeitsnormen bleiben eine Hauptforderung des IMB. Die IAO-Kernarbeitsnormen müssen in das Vertragswerk der Welthandelsorganisation sowie in bi- und multilateralen Handels- und Investitionsabkommen integriert werden. Zur Überwachung der IAO-Normen im Vertragswerk der Welthandelsorganisation müssen die bereits vorhandenen Überwachungsmechanismen der IAO gestärkt und ausgebaut werden, so wie es auch in der IAO-Erklärung zu sozialer Gerechtigkeit in einer globalisierten Welt aus dem Jahr 2008 gefordert wird. Für diese Forderungen werden verstärkte Anstrengungen des IMB und seiner Mitgliedsorganisationen zusammen mit anderen GUFs, dem IGB und dem TUC notwendig sein. Wir müssen sichtbar werden und vor allem unserer Unterstützung für Gewerkschafter, die ernststen Gefahren wie Einschüchterungen, Angriffen, Entführungen, Verhaftungen und sogar Mord ausgesetzt sind, deutlicher Ausdruck verleihen.

Die Staatengemeinschaft und nationale Regierungen haben die Hauptverantwortung dafür, verbindliche und sanktionierbare zwischenstaatliche Regelungen zur Durchsetzung und Umsetzung einer sozialen Dimension der Globalisierung zu realisieren. Verpflichtungserklärungen von Unternehmen, wie z.B. IRV, können einen zusätzlichen Schutz für Arbeitnehmer darstellen.

Im Zeitalter der Globalisierung gibt es zum einen mehr Möglichkeiten für internationale Solidaritätsaktionen, zum anderen ist deren Rolle im Kampf für die Weiterentwicklung der Gewerkschaftsrechte noch entscheidender geworden. Solidarisches Handeln ist allerdings nur so stark wie die dahinter liegende kollektive Macht. Um wirklich effektiv zu sein, bedarf es einer doppelten Strategie: auf der einen Seite muss auf Regierungen, die die Gewerkschafts- und Menschenrechte systematisch verletzen, Druck ausgeübt und auf der anderen Seite gegen die



gewerkschaftsfeindlichen Praktiken der Unternehmen vorgegangen werden. Dabei ist es besonders wichtig, auf die Arbeitgeber entlang der Zuliefererkette eines Unternehmens Druck auszuüben.

Darüber hinaus darf den Arbeitgebern nicht erlaubt werden, von Arbeitsgesetzen zu profitieren, die sie bei Verstößen gegen die Grundrechte vor der Strafverfolgung schützen, wie etwa in Korea, wo das Strafgesetzbuch den Unternehmen erlaubt, Gewerkschaften wegen der „Behinderung des Geschäfts“ zu verklagen und Gewerkschafter inhaftieren zu lassen. Solche Situationen erfordern sorgfältig ausgearbeitete Maßnahmen, die auf einer systematischen und engen Zusammenarbeit zwischen dem IMB, seinen Mitgliedsorganisationen, den anderen GUFs, dem TUAC und dem IGB beruhen. Am allerwichtigsten jedoch ist die internationale Solidarität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer auf der lokalen Ebene stark engagierten Organisation. Versagt diese, bleibt jede internationale Solidarität wirkungslos.

Der IMB und seine Mitgliedsorganisationen müssen über die bloße Koordination hinausgehen. Um in bestimmten Ländern und Regionen effektiv auf die Verletzung von Arbeitnehmerrechten durch die TNK reagieren zu können, muss der IMB Kampagnen einleiten und durchführen. Damit dies möglich wird, müssen sich die Mitgliedsorganisationen voll und ganz dafür einsetzen, ihre Mitglieder zu mobilisieren und in der Lage sein, gemeinsame Strategien im Kontext ihres jeweiligen Landes umzusetzen, die einen Kommunikationsfluss zu ihren Mitgliedern zur Unterstützung der Mobilisierungsbemühungen sicherstellen. Wir können auf Rechtsverletzungen nur reagieren, sobald diese auftreten, wenn ein effektives System und die Unterstützung und das Verständnis durch die Mitgliedschaft bestehen.

**Der IMB wird mit seinen Mitgliedsorganisationen und anderen GUFs, dem TUAC, dem IGB und Nichtregierungsorganisationen zusammenarbeiten, um:**

- dem Schutz der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte durch IRV, OECD-Leitlinien, IAO-Instrumente und Handelsabkommen, die die IAO-Kernarbeitsnormen und soziale Mindeststandards und Sanktionsmechanismen im Falle von Verstößen gegen diese beinhalten, Geltung zu verschaffen und so die Mobilisierungsbemühungen vor Ort zu ergänzen;
- Strategien zu entwickeln und gemeinsame Aktionen zu fördern, die auf die Durchsetzung von sozialen Mindeststandards in verbindlichen zwischenstaatlichen Regelungen abzielen. Dazu gehören die Mobilisierung und andere Bemühungen auf internationaler und nationaler Ebene, um die allgemeine Respektierung der fundamentalen IAO-Übereinkommen in Gesetzen und in der Praxis zu fördern;
- die Politik von Regierungen und Unternehmen offenzulegen, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausbeuten und die Gewerkschaftsrechte verletzen, und themenspezifische Solidaritätsaktionen auszuarbeiten, um prekäre Arbeit, Leiharbeit, Zweiklassen-Lohnsysteme und auf die Unterminierung der Arbeitnehmerrechte abzielende Gesetzesinitiativen zurückzudrängen;
- Informationen über die Verletzung von Gewerkschaftsrechten durch ein schnelles Reaktionssystem unmittelbar und effizient zu verbreiten;

- lokale, regionale und internationale Solidaritätsnetzwerke einzurichten;
- auf der IMB-Homepage eine Solidaritätsseite einzurichten, die als Quelle für Solidaritätsaktionen und Informationen dienen kann und u.a. den Beschwerdeleitfaden der IAO, aktualisierte Information über den laufenden Stand der Kampagnen sowie Nachrichten und andere Informationen enthält; und
- um die Mitgliedsorganisationen und Partner mit Informationen über Aktionen, Ergebnisse, Bewertung der Ergebnisse und zukünftige Strategien zur Förderung der Gewerkschaftsrechte zu versorgen.

**Der IMB wird seine Mitgliedsorganisationen unterstützen, um sicherzustellen, dass:**

- schnell auf jeden Angriff der TNK auf die Arbeitnehmerrechte reagiert werden kann und gemeinsame Maßnahmen, die auch eine Kooperation zwischen den IMB-Mitgliedsorganisationen in diesen Ländern umfassen, ergriffen werden, und zwar durch Information und Mobilisierung der Beschäftigten an allen Standorten eines Konzerns in allen betroffenen Ländern.

**Die IMB-Mitgliedsorganisationen werden:**

- ihre Mitglieder für die Unterstützung von Gewerkschaften mobilisieren, die gegen unternehmensfinanzierte Gewerkschaften sowie gewerkschaftsfeindliche Gesetze und Taktiken kämpfen oder sich im Arbeitskampf befinden;
- gewährleisten, dass Informationen über Rechtsverstöße umgehend an das IMB-Reaktionssystem weitergeleitet und alle Informationen über Entwicklungen und Maßnahmen auf lokaler Ebene rechtzeitig aktualisiert werden;
- sich dazu verpflichten, aktiv an den von den IMB entwickelten Kampagnen teilzunehmen und mit anderen Nationalgewerkschaften und gleichgesinnten sozialen Akteuren gemeinsame Aktionen durchzuführen;
- Fragen der Arbeitnehmerrechte in ihren Schulungs- und Bildungsmaterialien aufnehmen, um zu gewährleisten, dass solidarisches Handeln gefördert und in den Betrieben das Bewusstsein für die Arbeitnehmerrechte geschärft wird;
- öffentlich über Rechtsverletzungen, durchgeführte Solidaritätsbemühungen und internationale Aktivitäten berichten; und
- sicherstellen, dass den Beschäftigten eines TNK in einem Land keine Leistungen zugesagt werden, die auf dem Angriff auf die Rechte der Beschäftigten in einem anderen Land basieren.

### **3.3.2 Kampf für gleiche Rechte**

Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten ungeachtet ihres Geschlechts, Alters, ihrer Staatsangehörigkeit, ethnischer Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung oder Religion die gleichen Rechte genießen. Dennoch werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Metallindustrie nach wie vor in vielen Ländern, auch in hochindustrialisierten Staaten, aus diesen Gründen ungestraft diskriminiert. Der IMB wird mit seinen Mitgliedsorganisationen daran arbeiten, jede Art der Diskriminierung am Arbeitsplatz zu beseitigen. Auf der ganzen Welt sind viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Diskriminierungen ausgesetzt, was sie ihrer Rechte auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen beraubt. Aus diesem Grund wird der IMB seine Bemühungen darauf konzentrieren, die Mitgliedsorganisationen bei der Entwicklung spezifischer Organisationsstrategien zu unterstützen, die z.B. den Organisationsgrad von Frauen, Migrantinnen und jungen Menschen erhöhen, insbesondere in den EPZ, in denen die Arbeitnehmerrechte nach wie vor mit Füßen getreten werden und die Gewerkschaftsbewegung unterdrückt wird.

Die Gewerkschaften müssen dringend überlegen, ob es notwendig ist, neue Vorgehensweisen einzuführen, um den Bedürfnissen und Zielen von Frauen, jungen Menschen und Migrantinnen entgegenzukommen – Gruppen, die in den Metallgewerkschaften unterrepräsentiert, aber in zunehmendem Maße in der Metallindustrie tätig sind. Gewerkschaftliche Strukturen, Kulturen und Praktiken, durch die diese Arbeitnehmergruppen davon abgehalten werden, einer Gewerkschaft beizutreten, müssen verändert werden, um zu gewährleisten, dass für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die gleichen Rechte gelten.

Gemäß der Konvention der Vereinten Nationen über Behindertenrechte tritt die Diskriminierung von behinderten Menschen durch die Einschränkung ihrer Teilnahmemöglichkeiten als vollwertige Gesellschaftsmitglieder und als Verstoß gegen ihre Menschen- und Arbeitnehmerrechte auf. Besonders im Zusammenhang mit älteren Arbeitskräften ist es in vielen Ländern notwendig, den Kampf gegen die Diskriminierung und den sozialen Ausschluss von älteren, behinderten und gesundheitlich eingeschränkten Arbeitskräften vom Arbeitsmarkt und von der Weiterbildung zu verstärken.

Diskriminierung heißt auch, dass Frauen, Migrantinnen und junge Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen überrepräsentiert sind. Bei den Migrantinnen nimmt diese Situation extreme Ausmaße an, insbesondere wenn sie so arm sind, dass sie sich nicht vor gewissenlosen und mitunter kriminellen Organisationen schützen können, die ihre Hilflosigkeit ausnutzen. Der IMB wird seine Mitgliedsorganisationen dazu ermutigen, Strategien zur Kontaktaufnahme mit und zur Organisation von Migrantinnen auszutauschen und deren Arbeitsbedingungen durch Einbeziehung dieser Gruppe in die Tarifverhandlungen zu verbessern.

Die Doppelbelastung von Haushalt und Beruf, die den Frauen aufgebürdet wird, kann dazu führen, dass sie in prekäre Beschäftigung gezwungen werden. Dies hat negative Folgen für sie selbst, ihre Familien und Gemeinschaften. Der IMB wird besonders auf die unverhältnismäßig großen Auswirkungen prekärer Arbeit auf Frauen hinweisen und Gegenmaßnahmen unterstützen. Dabei soll vor allem auf die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen sowie auf die geschlechterspezifische Segmentierung eingegangen werden, die verhindert, dass Frauen Zugang zu besseren Arbeitsplätzen bekommen.

Auf allen Ebenen der Gewerkschaftsorganisation sind Frauen immer noch unterrepräsentiert. Die Bemühungen der Gewerkschaften, Frauen zu organisieren, werden durch Strukturen behindert, die Frauen nicht in Führungspositionen einbeziehen. Der IMB wird sich auch weiterhin zusammen mit seinen Mitgliedsorganisationen darum bemühen, dieses Ungleichgewicht zu beseitigen und Barrieren für eine Vertretung von Frauen in den Gewerkschaftsstrukturen und Wahlverfahren aus dem Weg zu räumen. Dabei soll besonderer Wert darauf gelegt werden, junge Arbeitnehmerinnen zu mehr Engagement in den gewerkschaftlichen Strukturen zu ermutigen.

### **Der IMB wird:**

- seine Mitgliedsorganisationen im Kampf gegen alle Formen der Diskriminierung am Arbeitsplatz unterstützen;
- die Organisationsaktivitäten der Mitgliedsorganisationen in den EPZ unterstützen und den Austausch von positiven Erfahrungen fördern;
- mit dem IGB und anderen GUFs, insbesondere der Internationalen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung zusammenarbeiten, um gegen die fehlende gewerkschaftliche Organisation in den EPZ vorzugehen;
- Die Mitgliedsorganisationen beim Beseitigen von Hemmnissen zur Gleichstellung behinderter Arbeitnehmer am Arbeitsplatz unterstützen. Der IMB wird auch Programme fördern, die sich auf das Thematisieren von Angelegenheiten Behinderter in allen Gewerkschafts- und IAO-Aktivitäten konzentrieren;
- die Mitgliedsorganisationen bei der Identifizierung und Abschaffung von Barrieren unterstützen, die Frauen daran hindern, sich in ihren Gewerkschaften in gleichgestellter Weise zu engagieren und von ihnen vertreten zu werden;
- die Auswirkungen von prekärer Arbeit auf Frauen, Migranten und jungen Menschen beobachten, darüber berichten und die Mitgliedsorganisationen dazu ermutigen, ihre eigene Genderanalyse zum Thema prekäre Arbeit durchzuführen und Maßnahmen zur Reduzierung der Doppelbelastung von Frauen zu ergreifen;
- sicherstellen, dass die Maßnahmen, die zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für prekär Beschäftigte durchgeführt werden, besondere Rücksicht auf die Bedürfnisse von Frauen, Migranten und junge Menschen nehmen;
- den Mitgliedsorganisationen die Möglichkeit geben, ihre Erfahrungen und Strategien zur Kontaktaufnahme mit und zur Organisation von nationalen und internationalen Migranten untereinander auszutauschen; und
- das Bewusstsein über die Schwierigkeiten von jungen Menschen bei der Suche nach sicherer und gut bezahlter Arbeit und guten Arbeitsbedingungen schärfen und die Bemühungen der Mitgliedsorganisationen, hier Abhilfe zu schaffen, unterstützen.

### **3.3.3 Kampf für sichere Arbeitsplätze**

Jedes Jahr sterben über zwei Millionen Menschen an den Folgen von Arbeitsunfällen oder an berufsbedingten Krankheiten. Die Sicherheit am Arbeitsplatz variiert gewaltig zwischen den Ländern, Wirtschaftssektoren und sozialen Gruppen. Insbesondere in den Entwicklungsländern fordern Verletzungen und tödliche Unfälle ihren Tribut. Downsizing, Outsourcing und Leih- und Zeitarbeit führen zu schlechten Arbeitsbedingungen. Obwohl sich das physische Arbeitsumfeld im Laufe der vergangenen Jahrzehnte erheblich verbessert hat, arbeiten Millionen von Männern und Frauen auf der ganzen Welt nach wie vor unter gefährlichen Bedingungen. Deshalb ist die Verteidigung und Förderung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes unter besonderer Berücksichtigung vorbeugender Maßnahmen eine grundlegende Aufgabe der Gewerkschaften, der alle IMB-Mitgliedsorganisationen Priorität einräumen sollten.

Neben den Schwierigkeiten, wohlbekannte Gefahren wie etwa Asbest zu bannen, ist die Einführung neuer Chemikalien und Technologien ohne ausreichende Forschung eine neue Bedrohung für die Gesundheit und das Wohlbefinden der Arbeitnehmerschaft. Das Vorsorgeprinzip sollte auch auf Nanomaterialien angewendet werden, deren Gefährlichkeit durch viele aktuelle Studien offensichtlicher geworden ist. Vorsorgemaßnahmen sind besonders dringlich, da diese Materialien für viele Produkte genutzt werden, wie beispielsweise Kleidung, Kosmetika, Verbundwerkstoffe, Fahrzeuge, Brillen, Farben, usw.

Krebserkrankungen gehören zu den allerhäufigsten berufsbedingten Todesursachen. Doch dies ist ein Problem, das bei den Konzernmanagern, die lediglich ihren Shareholdern auf der Jahresversammlung Rede und Antwort stehen, keine Alarmglocken läuten lässt. Die Ursachen werden verschleiert, die Toten begraben, die Unternehmen entgehen rechtlichen Verpflichtungen und das Töten geht weiter, obwohl die Gefahren am Arbeitsplatz vorauszusehen und zu vermeiden sind.

Der IMB und seine Mitgliedsorganisationen müssen ihre Anstrengungen verstärken, um dies zu verhindern. Es ist absolut notwendig, an jedem Standort über effiziente Arbeits- und Gesundheitsschutzausschüsse zu verfügen, die sich mit den spezifischen Gefahren am Arbeitsplatz auskennen. Präventive Maßnahmen müssen auf Forschung, nachweisbaren Ergebnissen und strengen Arbeits- und Gesundheitsschutzgesetzen basieren, die vernünftig gefördert und umgesetzt werden. Arbeits- und Gesundheitsschutz ist ein sehr wichtiges Thema für die Gewerkschaften. In der Regel sind gewerkschaftlich organisierte Arbeitsplätze sicherere Arbeitsplätze mit besseren Arbeitsbedingungen.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung muss darauf hinarbeiten, dass die IAO-Übereinkommen und Kodizes in die nationalen Gesetze und Tarifverträge aufgenommen und in der Praxis respektiert werden.

Der IMB wird seine Mitgliedsorganisationen dazu ermutigen, Strategien zur Mitgliederwerbung rund um das Thema sichere und bessere Arbeitsplätze zu entwickeln. Solche Strategien können mit der Kampagne für menschenwürdige Arbeit verbunden werden. Die Kampagne für menschenwürdige Arbeit sollte ausgeweitet werden und folgende Zielsetzungen einbeziehen: feste Einkommens- und Beschäftigungsverhältnisse, gesundheits- und familienverträgliche Arbeitszeiten, Schutz vor Leistungsüberforderung, ein nachhaltiger Umgang mit der Arbeitsfähigkeit, ein präventiver und partizipativer Gesundheitsschutz sowie Entwicklungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten dazu.

**Der IMB wird:**

- mit dem IGB, dem TUAC und den GUFs zusammenarbeiten, um zu gewährleisten, dass die Internationale Arbeitsorganisation den Regierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften dabei hilft, das Wissen und die Informationen über bestehende Arbeits- und Gesundheitsschutzgesetze zu verbessern;
- das Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz auf regionalen, sektoralen und betrieblichen Veranstaltungen behandeln;
- die Null-Krebs-Kampagne gegen berufsbedingten Krebs weiter ausbauen;
- sich weiterhin für ein internationales Verbot der Herstellung, Einfuhr, Ausfuhr und Verwendung von Asbest einsetzen; und
- weiterhin Druck auf nationale Regierungen ausüben, damit diese Übergangsprogramme für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchführen, die aufgrund des Verbots von Asbest ihren Arbeitsplatz verlieren. Zudem wird er sich dafür einsetzen, dass die Behandlung und die Kosten für die Entschädigung von Arbeitnehmern, die unter asbestbedingten Krankheiten leiden, von den Arbeitgebern übernommen werden.

**Der IMB wird seine Mitgliedsorganisationen unterstützen, um:**

- Auszubildende grundlegende Informationen über Arbeits- und Gesundheitsschutzfragen zu vermitteln, damit diese dann Vertrauensleute im Betrieb fortbilden und schulen;
- dafür zu sorgen, dass in allen Bereichen der Betriebe Arbeitsschutzausschüsse eingerichtet werden;
- das Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz als Instrument für die Organisation der Arbeitnehmer und den Aufbau starker Gewerkschaften zu nutzen; und
- Strategien rund um HIV/Aids und andere neue Epidemien zu entwickeln.

### **3.4 Schaffung eines Gegengewichts zur Macht der transnationalen Konzerne**

In ihrem Profitstreben üben die TNK enormen Druck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus und nehmen kaum Rücksicht auf demokratische und soziale Rechte oder die Arbeitnehmerrechte. Die Arbeitgeber versuchen, ihr Geschäftsrisiko auf die Beschäftigten abzuwälzen und ihre sozialen und wirtschaftlichen Verpflichtungen sowie ihre Verantwortung für die Umwelt zu reduzieren. Dabei werden sie von vielen Regierungen und internationalen Institutionen unterstützt.

Die Gewerkschaften haben immer als Gegenmacht gegen die enorme Wirtschaftsmacht und Raffinesse der TNK gekämpft. Die von den TNK angestrebte Kostenreduzierung beinhaltet häufig eine Transformation von sicheren zu unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, die Fragmentierung der Tarifverhandlungen, Unternehmensumstrukturierungen und die Verletzung von Menschen- und

Arbeitnehmerrechten. Das alles dient dazu, den Konkurrenzkampf unter den Arbeitnehmern und Gemeinschaften innerhalb eines Landes und über Landesgrenzen hinweg zu forcieren und setzt eine Abwärtsspirale der Standards in Gang.

Um diese Tendenz umzukehren, bedarf es dringend einer effektiveren internationalen Solidarität und Kooperation unter den Metallarbeiterinnen und -arbeitern in den TNK und innerhalb der Zuliefererketten der TNK. Der IMB hat einen beachtlichen Spielraum, um diese Frage anzugehen, und verfügt über eine Reihe von Erfahrungen, auf denen aufgebaut werden kann. Hierzu gehören auch Strategien und Aktivitäten zur Stärkung der Solidarität unter den Beschäftigten in verschiedenen Branchen und TNK. Dennoch müssen der IMB und seine Mitgliedsorganisationen effizientere Methoden entwickeln, ihren Informationsaustausch verbessern und das Vertrauen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärken. Dies muss auf einer kritischen Analyse der Stärken und Schwächen der gewerkschaftlichen Organisation, der entsprechenden Netzwerke, Räte und der in jedem der großen TNK zur Verfügung stehenden Ressourcen aufbauen. Der IMB-Exekutivausschuss wird diese Analyse durchführen und dabei von den Regional- und Branchenstrukturen des IMB mit Informationen versorgt.

### **3.4.1 Stärkung gewerkschaftlicher Solidarität und Kooperation in den Branchen und transnationalen Konzernen**

Der IMB spielt eine Schlüsselrolle beim Aufbau einer wirkungsvollen Solidarität und Kooperation unter den in den TNK vertretenen Mitgliedsorganisationen. Nur so kann gewährleistet werden, dass für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die gleichen Spielregeln gelten – und zwar über die Mindeststandards hinaus. Um dies zu erreichen, müssen der IMB und seine Mitgliedsorganisationen die in den TNK und ihren Zuliefererketten beschäftigten Personen aktiv einbinden und ihnen die Möglichkeit geben, sich engagiert in die tägliche Gewerkschaftsarbeit und in länderübergreifende Aktivitäten einzubringen.

Durch den Aufbau von dauerhaften Beziehungen und die Stärkung der Solidarität zwischen Gewerkschaftsvertretern aus unterschiedlichen Ländern wird die Fähigkeit der Mitgliedsorganisationen verbessert, in Krisen gemeinsam zu handeln, etwa wenn die Arbeitnehmerrechte verletzt, Tarifverhandlungen durchgeführt, Massenentlassungen angekündigt oder Restrukturierungsmaßnahmen in die Tat umgesetzt werden. So kann verhindert werden, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden. Der IMB bedient sich der globalen Gewerkschaftsnetzwerke und der IMB-Weltkonzernausschüsse, um bei der Verteidigung der Arbeitnehmerinteressen über die Landesgrenzen hinweg besser zusammenzuarbeiten.

Immer wenn ein transnationaler Konzern in einem bestimmtem Land Entlassungen oder Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen ankündigt, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften direkt davon betroffen sind und gegen diese Änderungen Widerstand leisten, wird der IMB Solidaritätsaktionen koordinieren und dabei alle Länder einbeziehen, in denen dieser TNK operiert. Die Solidaritätsaktionen schließen unter anderem folgende Initiativen ein: Informationskampagnen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Allgemeinheit; die Verpflichtung aller Gewerkschaften, keine Produktionsverlagerungen aus dem von dem Konflikt betroffenen Land in ein

anderes Land zu akzeptieren; Protestdemonstrationen in den verschiedenen Ländern, in denen der TNK operiert; und, wo möglich, Unterbrechungen der Produktion und/oder der Zulieferung. Bei allen diesen Solidaritätskampagnen spielt die Gewerkschaft im Heimatland des betroffenen TNK eine Schlüsselrolle.

Dies ist besonders bedeutsam, wenn es um den Aufbau der Solidarität mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Ländern wie China geht, die sich für die Arbeitnehmerrechte einsetzen und nach demokratischen Gewerkschaften streben. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, Beziehungen zu Organisationen aufzubauen, die dem IMB nicht angeschlossen sind, wie etwa der Allchinesische Gewerkschaftsbund (ACGB) und seine Metallgewerkschaften.

Ein weiterer Schritt ist die Institutionalisierung von Netzwerken und IMB-Weltkonzernausschüssen, um repräsentative, arbeitsfähige, finanzierbare und gewerkschaftlich organisierte globale Arbeitnehmervertreterstrukturen zu schaffen. Hierbei wird der IMB auf die Erfahrungen konzernbezogener internationaler Zusammenarbeit in allen Regionen zurückgreifen.

Der IMB wird sich auch weiterhin um die Einrichtung von IMB-Weltunterkonzernausschüssen in den TNK bemühen. Wann immer möglich wird die Finanzierung dieser Ausschüsse mit der jeweiligen Konzernleitung verhandelt, ohne dabei die Einbeziehung der Gewerkschaften und ihre Kontrollmöglichkeiten zu beeinträchtigen. Die jeweilige Konzernleitung sollte in diesen Ausschüssen eine Rolle spielen, indem sie regelmäßige Sitzungen durchführt und Informationen über die Lage, Politik und Investitionen des Konzerns zur Verfügung zu stellt.

Diese IMB-Weltkonzernausschüsse sollten durch gewerkschaftliche Netzwerke unterstützt werden, die von den zuständigen gewerkschaftlichen Koordinatoren der Länder und/oder Regionen, in denen der Konzern Standorte hat, betrieben werden. Diese Netzwerke sollen sicherstellen, dass alle Gewerkschaften am Prozess des Informationsaustausches teilnehmen können.

In Konzernen wie Volkswagen, Daimler, SKF und Rolls Royce wurden Weltarbeitnehmervertretungen/Weltbetriebsräte eingerichtet, die aus Arbeitnehmervertretern bestehen. Diese wurden mit dem jeweiligen Konzern vereinbart und werden von ihm finanziert. Gewerkschaften können durch eine Vereinbarung oder ein unterstützendes Gewerkschaftsnetzwerk einbezogen sein. IMB-Mitgliedsorganisationen bemühen sich, sich in diesen Gremien zu engagieren, um eine IMB-Politik zu verfolgen.

Der wichtigste Mehrwert der konzernbezogenen nationalen, regionalen und internationalen Zusammenarbeit besteht darin, dass betriebliche Gewerkschaftsvertreter/innen Informationen austauschen und Absprachen treffen können. Auf diese Weise können die Aktivitäten nationaler oder lokaler Arbeitnehmervertretungen international koordiniert werden. So stellen die Netzwerke, Weltbetriebsräte und IMB-Weltunternehmensausschüsse eine solidarische Antwort zur Standortkonkurrenz dar.

Der IMB wird Bildungsmaßnahmen fördern und organisieren, die betrieblichen Gewerkschaftsvertretern/innen und hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären, die TNK betreuen, internationale und interkulturelle Kompetenzen vermitteln. Ziel dabei ist es, die Zusammenarbeit auf Konzernebene wirksam zu fördern. Die Kommunikation zwischen betrieblichen Gewerkschaftsvertretern und ihrer nationalen Gewerkschaft muss in jedem Land entsprechend der jeweiligen Möglichkeiten organisiert werden (z. B. durch Branchen- oder Unternehmensbetreuer).



Gewerkschaftliche Netzwerke, Weltarbeitnehmerräte / Weltbetriebsräte und IMB-Weltkonzernausschüsse haben das Potenzial, sich in Verhandlungsgremien zu verwandeln. Der IMB kann diesen Prozess dort unterstützen, wo die Gewerkschaften stark genug sind, unter der Voraussetzung, dass er von den Gewerkschaften das entsprechende Mandat erhält, die Gewerkschaften einbezogen werden und klaren Vorgaben des IMB Folge geleistet wird. Der IMB muss darüber diskutieren und definieren, wie man auf bisherigen Erfahrungen und Debatten aufbauen und Leitlinien für die Arbeit in den Unternehmensnetzwerken ausarbeiten kann. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass die Ressourcen und Bemühungen auf einige Schlüsselkonzerne konzentriert und die Konzerne in ausgewogener Weise aus den verschiedenen Branchen und Ländern ausgewählt werden.

Gewerkschaftsnetzwerke, Weltbetriebsräte und IMB-Weltkonzernausschüsse agieren im breiteren Kontext der IMB-Branchenaktivitäten und müssen die jeweiligen Produktionsketten und Wettbewerbsstrukturen der unterschiedlichen Metallbranchen berücksichtigen. Die Branchenarbeit bringt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus miteinander konkurrierenden Unternehmen zusammen, um über Entwicklungen zu diskutieren und gemeinsame Positionen und Strategien zu finden. Mit diesen Strategien sollte auf die Versuche der Konzernleitungen reagiert werden, die Konkurrenz zwischen den in der jeweiligen Branche beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu schüren.

Branchenspezifische Regionalveranstaltungen des IMB verbessern die Koordination, indem sie Arbeitnehmerforen auf Unternehmens- und Branchenebene miteinander kombinieren und somit globale Aktivitäten unterstützen. Die Entwicklung der Branchen- und Regionalarbeit und die Erarbeitung angemessener Antworten auf die Herausforderungen, denen die Industriearbeiterinnen und -arbeiter gegenüberstehen, wird erleichtert, wenn auf der Basis einer Bewertung der schon geleisteten Arbeit gleichzeitig auch die gewerkschaftlichen Bande auf der Unternehmensebene gestärkt werden.

In einigen Ländern haben die Gewerkschaften die Möglichkeit, die transnationalen Konzerne über das Versorgungskapital der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Form von Renten- und Pensionsfonds einzubinden. Darüber hinaus verfügen die IMB-Mitgliedsorganisationen, insbesondere diejenigen in den Heimatländern der TNK, über verschiedene nationale Mittel und Wege, um die Grundsätze der Unternehmensführung zu beeinflussen. Diese Instrumente können genutzt werden, um die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte entlang der gesamten globalen Wertschöpfungsketten zu fördern und zu schützen, die Korruption zu bekämpfen und auf eine größere soziale Verantwortung der Konzerne hinzuwirken.

Globale Kampagnen gegen transnationale Konzerne, die ständig gegen die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte verstoßen, sind unerlässlich, um die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer voranzubringen. Dazu ist die Unterstützung der IMB-Mitgliedsorganisationen, Weltausschüsse, Aktionsgruppen und Netzwerke notwendig. Darüber hinaus müssen auch vorhandenes Pensionskapital der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genutzt und Kommunikationsstrategien verfolgt werden.

### **Um die gewerkschaftliche Solidarität und Kooperation zwischen den Sektoren und den TNK zu stärken, wird der IMB:**

- Druck auf die TNK ausüben, damit diese in ihren Betrieben und entlang der Zuliefererkette die Verantwortung für die Arbeitsbedingungen übernehmen und Barrieren für die Vereinigungsfreiheit aus dem Weg räumen;
- unter den in den metallverarbeitenden TNK vertretenden Mitgliedsorganisationen das gegenseitige Verständnis fördern, um dafür zu sorgen, dass für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die gleichen Spielregeln gelten – und zwar über die Mindeststandards hinaus;
- eine Strategie für die TNK-Netzwerke, Arbeitsmethoden und Instrumente entwickeln, die auf einer kritischen Analyse der gegenwärtig eingerichteten Netzwerke, Räte und der in jedem der großen TNK zur Verfügung stehenden Ressourcen beruht. Die Strategie wird Leitlinien für die Arbeit der Unternehmensnetzwerke einschließen, die der Exekutivausschuss erarbeiten wird. Die Leitlinien werden die Rollen der Gewerkschaften im Heimatland des jeweiligen TNK, der anderen Mitgliedsorganisationen und des IMB einbeziehen. Dabei muss die Kooptation durch Unternehmen vermieden und die Rolle der Nationalgewerkschaften gestärkt werden. Für die Kommunikation und die Aktionen müssen Instrumente und Protokolle geschaffen werden. Im Rahmen dieser Strategie werden die Mittel und Anstrengungen auf einige Schlüsselkonzerne konzentriert, die über verschiedene Branchen und Länder verteilt sind;
- die Mitgliedsorganisation bei der Bildung und Koordination globaler Gewerkschaftsnetzwerke in den TNK und/oder Branchen unterstützen, damit sich betriebliche Arbeitnehmervertreter und Nationalgewerkschaften regelmäßig an einem grenzüberschreitenden Informationsaustausch und Konsultationsprozess beteiligen können;
- sich an der Erstellung von Schulungs- und Informationsmaterialien beteiligen und Aktivitäten koordinieren, um unter dem Motto „vereint stehen wir – getrennt fallen wir“ gegenseitiges Vertrauen und Solidarität zu schaffen;
- Netzwerke für den Informationsaustausch und die Durchführung von Aktionen entwickeln, die effizient, zeitgerecht, präzise und leicht zugänglich sind;
- Informationen über die Branchen der Metallindustrie sammeln, analysieren und verteilen und dabei solchen Unternehmen und Industriebranchen besondere Beachtung schenken, in denen Arbeitnehmer und Mitglieder konzentriert sind. Zu den Arbeitsschwerpunkten gehören dabei Kollektivverhandlungen, der technologische Wandel, Innovationen in der Produktionsorganisation, Arbeitszeit, Entlohnungs- und Eingruppierungssysteme und Arbeitskämpfe;
- über den TUAC und den IGB weiter an der Entwicklung von Mechanismen/Regeln arbeiten, mit denen die Corporate Governance beeinflusst und die Investitionen der Pensions- und Rentenfonds sozialverantwortlich gestaltet werden können; und

- zusammen mit anderen GUFs, dem IGB und dem TUAC daran arbeiten, Strukturen gewerkschaftlicher Vertretung in Unternehmen auf globaler Ebene zusammen mit dem Recht auf Konsultation und Information zu haben, die durch die IAO und in internationalen Regeln und Gesetzen ausdrücklich anerkannt werden.

#### **Die IMB-Mitgliedsorganisationen werden:**

- den Aufbau und die Stärkung der Netzwerke technisch und politisch unterstützen und sich für eine erfolgreiche internationale Koordination der nationalen und regionalen Informationen einsetzen; und
- die Mitglieder auf der nationalen Ebene einbinden, um gegenseitiges Vertrauen zu schaffen und die Solidarität zu fördern, mit dem Ziel, einen internationalen Ansatz der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte zu verfolgen, wenn gegen Konzernstrategien, z.B. bei transnationalen Restrukturierungsprozessen, vorgegangen wird.

### **3.4.2 Förderung grundlegender Rechte durch internationale Rahmenvereinbarungen**

Der IMB wird versuchen, die TNK und ihre Zuliefererketten herauszufordern, indem er internationale Rahmenvereinbarungen, IAO-Instrumente und die OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen anwendet, verstärkte gewerkschaftliche Kooperation nutzt und zusätzlich zur internationalen Solidarität die Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen sucht, die unsere Ziele, nämlich den Schutz und die Förderung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, mit uns teilen. Die gewerkschaftliche Organisierung von Arbeitsplätzen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Überwachung und Umsetzung von Arbeitnehmerrechten. IRV sind jedoch kein Ersatz für bindende zwischenstaatliche Regelungen zur Durchsetzung der Kernarbeitsnormen und effektiveren Regulierung der Aktivitäten von TNK.

Als internationale Instrumente, die die GUFs zusammen mit ihren Mitgliedsorganisationen auf der einen Seite mit den TNK auf der anderen Seite aushandeln, sind die IRV für den IMB und seine Mitgliedsorganisationen eine wichtige Methode, um Mindeststandards in den Betrieben der TNK und ihrer Zuliefererketten durchsetzen zu können. Der IMB hat eine internationale Modellrahmenvereinbarung und politische Empfehlungen verabschiedet, die vier Schlüsselbereiche abdecken: Verbesserung des Inhalts, Einleitung und Durchführung von Verhandlungen, Durchsetzung und Umsetzung.

**Ausgehend von den Erfahrungen, die bei der Aushandlung von internationalen Rahmenvereinbarungen mit TNK schon gemacht wurden, wird der IMB:**

- die Mechanismen zur Durchsetzung, Umsetzung, und Überwachung ausbauen und sich dabei der Strukturen und Regionalbüros des IMB bedienen, Schulungen durchführen und die Mitgliedsorganisationen einbeziehen, mit der Zielsetzung, in allen transnationalen Unternehmen, die Rahmenvereinbarungen unterzeichnet haben, die beste Praxis durchzusetzen;
- nach Rücksprache mit Gewerkschaften, die bereits solche Vereinbarungen unterzeichnet haben, Möglichkeiten identifizieren, wie die bestehenden Vereinbarungen optimiert werden können und

welches die bestmöglichen Mittel und Wege sind, inhaltliche Verbesserungen zu erreichen;

- die Einbeziehung der Mitgliedsorganisationen in die Aushandlung weiterer internationaler Rahmenvereinbarungen koordinieren;
- mögliche Strategien untersuchen, um transnationale Konzerne, welche die Aushandlung, Umsetzung und Einhaltung von internationalen Rahmenvereinbarungen noch ablehnen, zu diesem Schritt zu ermutigen; und
- ein Schulungsprogramm zum Thema IRV umsetzen und einen Leitfaden erstellen, um den Mitgliedsorganisationen dabei zu helfen, diese Instrumente in Übereinstimmung mit der Politik des IMB anzuwenden.

**Die Kooperation der Mitgliedsorganisationen, vor allem im Heimatland des jeweiligen TNK, ist bei diesen Bemühungen von maßgeblicher Bedeutung.**

### **3.5 Kampf für Nachhaltigkeit in Handel, Entwicklung und Beschäftigung**

Im Jahr 2003 verabschiedete das IMB-Zentralkomitee eine Politik, die besagt, dass nachhaltiges Wachstum und nachhaltige Entwicklung auf den folgenden vier Pfeilern beruhen müssen:

- Schaffung von Arbeitsplätzen und Stärkung der Kaufkraft;
- Neuregulierung der Kapitalbewegungen, wozu unter anderem auch eine Tobinsteuer gehört;
- Schuldenerlass; und
- Reform der Welthandelsorganisation und der internationalen Finanzinstitutionen.

Mehr als jemals zuvor sind dies heute unverzichtbare Komponenten für eine Entwicklung, die auf sozialer Gerechtigkeit, einer angemessenen Strategie im Kampf gegen die Armut, auf fairen internationalen Handels- und Investitionsregeln und einem effektiven multilateralen System beruht. Zusammen mit seinen Mitgliedsorganisationen, anderen internationalen Gewerkschaftsorganisationen und ähnlich gesinnten sozialen und politischen Organisationen wird der IMB diese Ziele auch weiterhin verfolgen.

Leider muss eingeräumt werden, dass die internationale Gewerkschaftsbewegung seit unserem letzten Kongress im Hinblick auf eine demokratische Weltordnungspolitik, die Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte, den Kampf gegen die Armut und die Ausbeutung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur sehr wenig erreicht hat. Dies betrifft ganz besonders die Frage der Handelsabkommen: Die Regierungen nehmen keine Rücksicht auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Aussagen über Beschäftigung und Entwicklung sind nicht mehr als Lippenbekenntnisse.

Obwohl die gemeinsamen Anstrengungen der Gewerkschaften auf internationaler Ebene etwas vorangekommen sind, etwa bei der Einbeziehung von Sozialstandards in die Grundsätze der zur Weltbank gehörenden International Finance Corporation, ist es schwierig, konkrete, positive Ansätze bei der Umsetzung zu erkennen. Der Internationale Währungsfonds setzt sich nach wie vor für eine Deregulierungspolitik

ein, die sämtliche Arbeitnehmerrechte untergräbt. Der Internationale Metallgewerkschaftsbund wiederholt ausdrücklich die Forderung der Gewerkschaften, die Arbeitnehmergrundrechte in bilaterale und multilaterale Abkommen aufzunehmen. All dies reicht jedoch ohne effiziente Durchsetzungsmechanismen nicht aus, die die besondere Situation in Ländern berücksichtigen müssen, in denen die Rechte der Arbeitnehmer auf Organisierung und Kollektivverhandlungen nur dürftig geschützt werden.

Die Öffnung der Märkte sollte ein Instrument für nachhaltige Entwicklung sein. Um dies zu ermöglichen, ist eine Industriepolitik notwendig, die Beschäftigung schafft. Es fehlt aber in der Tat immer noch ein Bindeglied zwischen Marktöffnung und nachhaltigem Wachstum. Dieses Bindeglied heißt Arbeit, gute Arbeit für alle und eine gerechte Verteilung des Wohlstandes auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihn schaffen.

Im Zentrum der Aktivitäten des IMB und seiner Mitgliedsorganisationen zum Thema Handel stehen Beschäftigung, wirtschaftliche Entwicklung und das Streben nach Fairness. Dabei müssen durch die Marktöffnung verursachte potenzielle Interessenkonflikte zwischen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern berücksichtigt werden. Die Schaffung qualitativ wertvoller Arbeit für alle, damit Wohlstand entsteht und Einkommen zur Reduzierung von Ungleichheiten umverteilt werden kann, ist ein Ziel, das für Industriestaaten und Entwicklungsländer gleich wichtig ist. Der IMB wird die Bemühungen seiner Mitgliedsorganisationen mit dem Ziel koordinieren, dies zur handelspolitischen Priorität der Regierungen zu machen. Das nachhaltige Wachstum, für das wir eintreten, kann nicht auf Kosten anderer erreicht werden, und wir werden für ausgewogene Lösungen kämpfen, die den schwächeren Parteien nicht schaden. Die Rolle des IMB besteht darin, eine solidarische Strategie zu entwickeln, um die legitimen Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Norden und im Süden miteinander in Einklang zu bringen. Dies geschieht insbesondere durch die Arbeitsgruppe Handel, Beschäftigung und Entwicklung. Der IMB wird sich auch weiterhin für eine transparente Debatte unter seinen Mitgliedsorganisationen einsetzen, um der Sorge über eine Handelsliberalisierung Rechnung zu tragen, die sich in einigen Ländern negativ auf die Beschäftigung und Rechte auswirkt, während in anderen Ländern die Arbeitsplätze geschützt werden.

Die Regierungen müssen Entwicklungsfragen und Arbeitnehmerrechte in ihre Handelsgespräche einbeziehen. Dabei muss explizit auf die zu erwartenden Auswirkungen von Handelsliberalisierungen auf die Beschäftigung eingegangen werden. Zusammen mit seinen Mitgliedsorganisationen wird der IMB auch weiterhin fordern, dass die Regierungen seriöse Schätzungen der möglicherweise durch Marktöffnungen und Abkommen über ausländische Direktinvestitionen entstehenden Arbeitsplätze abgeben. Das ist notwendig, um unbegründete und irreführende Bewertungen der Auswirkungen des zunehmenden Handels zu vermeiden.

Der IMB wird in enger Kooperation mit den anderen GUFs, dem IGB und dem TUAC daran arbeiten, die internationalen Institutionen dahingehend zu beeinflussen, dass sie ein demokratisches System multilateral vereinbarter Regeln, die die unterschiedlichen Bedürfnisse und Bedingungen der Länder und der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in den Ländern auf faire Art und Weise berücksichtigen, einführen. Das Fehlen einer wirklichen Entwicklungsagenda hat jeden Fortschritt bei den Doha-Verhandlungen unmöglich gemacht, während bilaterale Freihandelsabkommen die Interessen der Konzerne und ihrer

Verbündeten in zunehmendem Maße auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Bürgerinnen und Bürger fördern. Seit dem letzten IMB-Kongress hat es gegen einige der vorgeschlagenen Abkommen erfolgreichen Widerstand gegeben, der oftmals von den Gewerkschaften angeführt wurde. Diese Bemühungen sind wichtige Beispiele für die Einheit und Solidarität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in verschiedenen Regionen, auf denen die zukünftigen Aktionen des IMB aufbauen können.

Nachhaltige Entwicklung sollte bei den Maßnahmen der Entwicklungsländer, ausländische Investitionen anzuziehen, ein Hauptziel sein. Eine nachhaltige Entwicklung sollte auch ein Erfolgsindikator sein – zusammen mit der Schaffung qualitativ wertvoller Arbeitsplätze und eines gerechten öffentlichen sozialen Sicherungssystems.

Der IMB wird gemeinsame Aktionen koordinieren und die Solidarität unter seinen Mitgliedsorganisationen in den Entwicklungsländern und den Industrienationen fördern, um sich gegen die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen zu wenden, in denen die Anreize für die TNK Anlass für die Unterdrückung der grundlegenden Arbeitnehmer- und Menschenrechte sind und zur extremen Prekarisierung der Lebens- und Arbeitsbedingungen führen.

**Der IMB wird eng mit anderen Globalen Gewerkschaftsföderationen, dem TUAC, dem IGB und anderen gleichgesinnten sozialen Bewegungen zusammenarbeiten, um zu gewährleisten, dass:**

- die Weltfinanzmärkte reguliert werden, einschließlich der ersten Schritte in Form einer besseren Offenlegung von Transaktionen, gestärkter Überwachungssysteme und der Regulierung der Fremdfinanzierung;
- die Frage der nachhaltigen Entwicklung in Handels- und Investitionsabkommen einbezogen wird, dass der Zugang zu den Märkten fair und ausgewogen ist, und dass transparente Überwachungssysteme für unterzeichnete Abkommen eingerichtet werden;
- vor Unterzeichnung eines Handelsabkommens Untersuchungen über dessen mögliche Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung durchgeführt und diese Auswirkungen bewertet werden;
- die Regierungen bei Verhandlungen über multilaterale und bilaterale Abkommen die Auswirkungen einer Handelsliberalisierung auf die Beschäftigung unter voller Einbeziehung der Gewerkschaften berücksichtigen und beurteilen; und dass
- die grundlegenden Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, so wie sie in der IAO-Erklärung von 1998 festgelegt sind, in alle bilateralen und multilateralen Handels- und Investitionsabkommen einbezogen, allgemein respektiert und effiziente Durchsetzungsmechanismen eingeführt werden.

**Der IMB und seine Mitgliedsorganisationen werden zusammenarbeiten, um:**

- die Metallarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer auf regionaler und internationaler Ebene zu vereinen, damit im Zuge der Handelsliberalisierung faire Lösungen für Interessenkonflikte gefunden werden können, die die schwächeren Parteien nicht schädigen;
- unter den Mitgliedsorganisationen ein Klima der Solidarität gegen die möglichen negativen Auswirkungen der Marktöffnung auf die Beschäftigung sowohl in den Entwicklungsländern als auch den Industriestaaten zu schaffen;
- die Regierungen aufzufordern, ihren Widerstand gegen eine transparente, gemeinsam mit den Sozialparteien erstellte Abschätzung potenzieller Beschäftigungseffekte von Handelsabkommen aufzugeben; und um
- den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Bürgerinnen und Bürgern Informationen zu vermitteln und ihr Bewusstsein für die wirtschaftlichen Vorteile zu schärfen, die sowohl die Unternehmen als auch die Länder, in denen sie operieren, aus der generellen Achtung der Arbeitnehmergrundrechte ziehen können.

**Der IMB wird seine Mitgliedsorganisationen dabei unterstützen:**

- die Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf die Beschäftigung und die Arbeitsbedingungen in den metallverarbeitenden Industrien zu überwachen;
- ihre Mitglieder in Kooperation mit den jeweiligen nationalen Zentralen und gleichgesinnten politischen Parteien und sozialen Bewegungen gegen vorgeschlagene Freihandelsabkommen zu mobilisieren, die die Entwicklung, die Arbeitnehmerrechte, gute Arbeit und öffentliche Leistungen für Arbeitnehmerfamilien unterminieren würden; und
- gegen die von ausländischen Investitionen verursachten prekären Beschäftigungsbedingungen vorzugehen.

...oo0oo...